

GREATER ZURICH AREA	Standortpolitik für das Kapital	4
FRANKREICH	Gegen die Austerität und für die Revolution	9
WEF	Im Geiste der Bourgeoisie	11
THOMAS SANKARA	Ein Gespenst geht um in Afrika	14



ANTIFASCHISMUS

Rechtsentwicklung als Konterrevolution des Eigentums

In einer Welt multipler Krisen kehrt der Faschismus nicht als Uniformträger zurück, sondern als ungleichzeitige Konterrevolution. Das ist die ideologische und praktische Selbstverteidigung eines Kapitals, das seine eigene Zerstörung fürchtet und darin zugleich nostalgisch und irrational wird. Einige Überlegungen dazu, wie sich die aktuelle Rechtsentwicklung denken lässt.

(az) Der marxistische Philosoph Alberto Toscano versteht den Faschismus in seinem jüngst erschienenen Buch Spätfaschismus im Sinne von W. E. B. Du Bois' Konzept einer «Konterrevolution des Eigentums». Du Bois beschreibt in seinem 1935 veröffentlichten Werk Black Reconstruction die reaktionäre Antwort der Besitzenden auf die 1865 erkämpfte Abschaffung der Sklaverei. Auf eine kurze Phase emanzipatorischer Veränderungen folgte die Konterrevolution des Jim-Crow-Systems. Getragen wurde diese sowohl von rassistischer Gewalt als auch von der Justiz, die Gewalt gegenüber Schwarzen rechtlich legitimierte. Der heutige Faschismus sieht anders aus, doch lässt er sich, so Toscanos These, weiterhin als Konterrevolution des (Privat-)Eigentums begreifen. So wiederholt sich etwa die historisch

bekannte Ungleichzeitigkeit, in der liberale Rechtsstaatlichkeit und faschistische Institutionen nebeneinander bestehen können. Der Blick in die USA zeigt beispielhaft, dass es kein Widerspruch ist, demokratische Verfahren aufrechtzuerhalten und zugleich eine faschistische Hetzjagd auf Migrant_innen zu entfesseln. Und mit Blick auf Europa ist es ebenso wenig ein Widerspruch, dass Parteien, die bisher kein Interesse an der Abschaffung demokratischer Strukturen zeigen, offensiv mit faschistischer Agitation werben, um bestehendes Unbehagen einzufangen. Nicht nur deswegen bleibt der Begriff der Konterrevolution als Reaktion der Besitzenden und ihrer Verbündeten zentral, um den gegenwärtigen Zustand der Welt zu begreifen.

Eine Konterrevolution ohne Revolution

Konterrevolution impliziert, dass es eine Revolution gibt. Allerdings lässt sich die heutige Konterrevolution nicht als Reaktion darauf begreifen, dass in jüngster Zeit tatsächlich jemand das Eigentum infrage stellte oder die Macht hätte, das in naher Zukunft zu tun. Entsprechend greifen klassische Faschismustheorien zu kurz, die – wie

etwa bei Dimitroff – den Faschismus primär als Antwort auf das «Anwachsen der Kräfte der Revolution» deuten oder aber – wie etwa Herbert Marcuse und die 68er – das Problem theoretisch lösen, indem sie Konterrevolution stets als Prävention interpretieren. Abgesehen davon, dass es entgegen Dimitroffs Annahme auch keine «monopolistische Bourgeoisie» gibt, die als geschlossene politische Fraktion den Staat lenkt, bleiben einige Überlegungen solcher Faschismustheorien dennoch von Aktualität, um das neue Erwachen der Konterrevolution zu verstehen.

Zu bedenken ist erstens, dass Vertreter_innen des Kapitals nicht immer zwischen objektiver Lage und subjektiver Wahrnehmung zu unterscheiden wissen – ja, dass sie dies angesichts der Anarchie der Produktion vielleicht gar nicht können. So deutet einiges darauf hin, dass man in der Tech- und Ölindustrie die Klimabewegung in den letzten Jahren als weit grösere Bedrohung für das eigene Überleben wahrnahm, als sie es tatsächlich war: In einer jüngst bekannt gewordenen Aufnahme eines Vortrags des

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3** Imperialismus: Wie die Wolke den Regen
- 4** Standortpolitik: Greater Zurich Area - für wen?
- 5** Arbeitskampf: Plattformarbeit und Organisierung
 - Gehilfen des Imperialismus: Zur Verleihung des Friedensnobelpreises
- 6** Antifaschismus: Vom rechten Sumpf zur linken Gegenkultur
- 9** Im Bild: Jugendbewegungen international
 - Frankreich: Den nackten König köpfen
- 10** AHV: Ein Jahr Arbeit für die Kriegstüchtigkeit der Schweiz
- 11** WEF 2026: Klaus Schwabs Schwanengesang
- 12** Gastbeitrag der Stadtgruppe: Aufwertung und Vertreibung rund um den Ueberlandpark
- 13** Rojava: Berxwedan jiyane! Widerstand ist Leben!
 - Repression: FPV-Drohnen und deren zivilen Einsatz
- 14** Capitaine Thomas Sankara: «Wir müssen es wagen, die Zukunft neu zu erfinden»
- 15** Buchtipps: «Klima und Kapitalismus», «Der Genosse» und «Die neuen Russen»
- 16** Theater: Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny!

POLITISCHE GEFANGENE

Militanter Antifaschismus lässt sich nicht verurteilen

Es ist eines der grössten Gerichtsverfahren gegen Antifaschist:innen in Deutschland in den letzten Jahren – nun steht sein Beginn fest: Am 13. Januar 2026 soll vor dem Oberlandesgerichts Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen «sechs mutmassliche Mitglieder einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung» beginnen, wie das Gericht in einer Pressemitteilung erklärt.

Unter anderem wird es im Prozess um einen Angriff gegen ein Ladenlokal der Nazi-Marke Thor-Steinar in Erfurt im April 2022 gehen. Dabei soll die Verkäuferin attackiert und Sachschaden im Laden entstanden sein. Im Januar 2023 soll es weitere Angriffe auf Neonazis gegeben haben. Gegenstand der Verhandlungen sind auch mehrere Auseinandersetzungen mit Faschist_innen rund um den Tag der Ehre in Budapest. Dort versammeln sich jährlich tausende Neonazis, um der SS zu huldigen. Bei einigen der Angriffe soll laut Anklageschrift auch in Kauf genommen worden sein, dass die Opfer tödliche Verletzungen hätten erleiden können – deshalb der massive Vorwurf des «versuchten Mords».

Der Fakt, dass dieser Prozess erst Jahre nach den Angriffen stattfinden kann ist kein Zufall. So konnten sich die Beschuldigten über zwei Jahre erfolgreich der Justiz entziehen, indem sie untergetaucht sind. Bis zuletzt gelang der Zugriff der Justiz nicht, die Betroffenen haben sich im April dieses Jahres von sich aus gestellt.

Kein Wunder ruft der militante Antifaschismus und diese starke Solidaritätsbewegung die Repression auf den Plan. Die deutsche Kriminalisierung von kämpferischem Antifaschismus trifft inzwischen auch in den USA auf offene Ohren. Seit Donnerstag gelten dort der Organisation namens Antifa Ost oder auch Hammerbande Angehörende als «global agierende Terroristen» («Specially Designated Global Terrorists»). Das teilte das US-State-Department in einer Presseerklärung mit. Dies ist wohl das Ergebnis eines kürzlichen Besuchs einer AfD-Delegation im Weissen Haus.

Aktuelle Informationen zu Prozessmobilisationen und Soliaktionen findet ihr online auf www.basc.news



Überregionale Demo der OATs Schweiz vom 15. Dezember 2025.

Editorial

(red) Es ist naheliegend, dass in Zeiten wie heute, in denen sich die Kriegstendenz des Kapitalismus offen zeigt, in einer kommunistischen Zeitung ein düsteres Bild der Gegenwart gemalt wird. In der vorliegenden Ausgabe des Aufbaus dreht sich denn auch viel um Krieg und Rechtsentwicklung. Europa im Krieg, die Funktion des WEF für die neoliberale Doktrin und das Finanzkapital, die Vergabe des Friedensnobelpreises ausgerechnet an eine Frau, die offen eine Militärintervention in Venezuela unterstützt: das sind nur Beispiele dieses düsteren Bildes.

Für eine kommunistische Zeitung ist es aber ebenso wichtig, nicht nur die Gegenseite zu analysieren, sondern auch Perspektiven aufzuzeigen und Momente der Gegenmacht zu betrachten. Unser Schwerpunkt auf Seite 6 und 7 behandelt daher nicht nur die Rechte in den USA, sondern auch den Widerstand hier gegen rechte Bewegungen. Im Rahmen der schweizweiten OATs hat sich hier ein kleines Beispiel einer lebendigen Gegenkultur entwickelt, die dem braunen Sumpf erfolgreich etwas entgegenhält. Hierfür braucht es immer wieder neuen Mut. Mut zur Verweigerung gegen all die Aufrüstungsrethorik, die uns im Alltag umgibt, und Mut zum Widerstand. Und das ist wohl die wichtigste Aufgabe einer kommunistischen Zeitung: Einen Beitrag zu leisten, dass wir die Welt und den Kapitalismus besser verstehen, und gleichzeitig aufzeigen, dass der Widerstand gegen dieses System möglich ist.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbegegnung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzutreten zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Wie die Wolke den Regen

Die Aufrüstung geht in Europa mit einer gesellschaftlichen Mobilisierung von oben einher, die der Kriegstreiberei Rückhalt von unten geben soll. Das ist nicht Zufall, sondern Konzept.

(gpw) Während der US-Imperialismus in der Karibik eskaliert und mit einem offenen Krieg zwecks «Regime Change» gegen Venezuela droht, wirkt er zugleich in Europa auf ein Ende des Kriegs in der Ukraine hin. Nach einem ersten Anlauf im Februar dieses Jahres wird Ende November erneut ein von den USA mit Russland erarbeiteter Friedensplan publik. So erratisch und eigennützig die Bemühungen der USA sind, so plausibel ist zugleich, dass dem US-Präsident Donald Trump an einer Beruhigung dieser Front gelegen ist. Der Hauptfeind ist die Volksrepublik China, nicht Russland, und beim Wiederaufbau der Ukraine wären dem US-Kapital beste Ausbeutungsbedingungen garantiert.

Der neuerliche Steilpass zum möglichen Frieden ruft in den europäischen Hauptstädten keine Begeisterung her vor, im Gegenteil. Schon kurz nach den ersten Friedensverhandlungen dieses Jahres hatte sich hier die «Koalition der Willigen» auf Initiative der beiden europäischen Atom mächte Großbritannien und Frankreich konstituiert, um eine Fortsetzung des Kriegs zu ermöglichen, indem sich ein (grossmehrheitlich) europäischer Pol der Kriegswilligen formierte, der von den USA unabhängiger ist. Denn beim ersten wie beim zweiten Anlauf zu einem Kriegsende sind weder die Ukraine noch andere europäische Staaten von Beginn an in den Prozess involviert. Es bleibt ihnen nur, sich von der Seitenlinie aus einzubringen. Die bestimmenden Kräfte sind – im Krieg wie im Frieden – Washington DC und Moskau.

Aufrüstung um jeden Preis

In der Zwischenzeit ist diese Koalition auf mehr als 30 Staaten angewachsen, inklusive Beteiligung der NATO und der Europäischen Union. Der Krieg in der Ukraine ist ihnen teuer und nützlich, schon nur darum, weil er ihre eigenen Kriegsbemühungen zu rechtfertigen hilft. «Europa muss sich für den Krieg bereit machen», verkündete Ursula von der Leyen (Präsidentin der Europäischen Kommission) im März, Friedrich Merz (Bundeskanzler Deutschlands) rief in seiner ersten Regierungserklärung im Mai aus, dass die «stärkste konventionelle Armee Europas» das Ziel sei, Emanuel Macron (französischer Präsident) hielt anlässlich des Nationalfeiertags im Juli fest, «um in dieser Welt frei zu sein, muss man gefürchtet werden, und um gefürchtet zu werden, muss man mächtig sein» und Keir Starmer (britischer Premierminister) kommentiert in der Einleitung zur «Strategic Defence Review 2025», dass nach Jahrzehnten der Friedensdividende nun die Zeit der Verteidigungsdividende anbreche. Ein Unterbruch oder gar Ende des Kriegs in der Ukraine kommt dieser Agenda nicht gelegen.

Schnell würden die Erzählungen der Herrschenden zudem Risse erhalten, wenn sich Russland auf Verhandlun



Verlegung des grössten Kriegsschiffs der Welt vor die venezolanische Küste: Der Flugzeugträger «Gerald R. Ford» der US-Navy.

gen einliesse. In den vergangenen Monaten wiederholten westliche Militärs und Nachrichtendienste immer wieder, dass ein russischer Angriff gegen ein weiteres europäisches Land in den nächsten drei bis fünf Jahren möglich sei, weswegen eine schnellstmögliche Aufrüstung geboten sei. Was nun aber, wenn sich der Kreml nicht als kriegslüstern, sondern rational erweisen würde? Was, wenn der Kreml im Gegenzug für Zusicherungen in wesentlichen Punkten, die überhaupt erst den Ausgangspunkt des Kriegs bildeten, die Waffen ruhen liesse? Überhaupt gibt es an hohen Stellen auch zweifelnde Stimmen an der Kriegspropaganda. Tony Radakin, abtretender höchster britischer Militär, meinte im Gespräch mit dem Center for Strategic and International Studies im August: «Putin will keinen Krieg mit NATO. Er kann nicht einmal einen Krieg gegen die Ukraine gewinnen. ... Ich bin skeptisch bezüglich einer zu grossen Betonung von Vaterlandsverteidigung oder einer Festung Europa.»

Weder Frieden noch Krieg

Was kümmern aber die Möglichkeiten der Zukunft schon, wenn sich die Deutung der Gegenwart ebenso zur eigenen Propaganda anbietet? Schliesslich seien wir sowieso «nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden» – so formulierte es NATO-Generalsekretär Mark Rutte (vormals niederländischer Ministerpräsident) im Dezember 2024, so plapperte es Friedrich Merz im September 2025 ihm nach. Die hybride Kriegsführung ist hierfür ein dankbares Konzept, weil alles, was irgendwo geschieht,

irgendwie dem Feind in die Schuhe geschoben werden kann. Jede Drohne am Himmel ist russisch, jeder Unfall eine Sabotage, jede Widerrede zur Aufrüstung Ausdruck einer fünften Kolonne. Die Beweisführung über die tatsächliche Urheberschaft oder Hintergründe ist zweitran gig, jedes Ereignis trägt medial eingebettet zu einer Nervosität bei, die gesellschaftlich anheizend wirken soll.

Auch das ist nützlich. Im strategischen Review der britischen Regierung sowie im französischen Äquivalent, der «Revue National Stratégique 2025», kreisen Überlegungen um die Frage, wie die Mobilmachung gesellschaftlich breiter verankert werden kann (analog zu den deutschen Debatten über die «Kriegstüchtigkeit»). Erstens weil auch die bürgerliche Demokratie gewisse Grenzen darin setzt, wie weit der Wille der Bevölkerung offen missachtet werden kann – und die herrschende Politik in Europa sich in einer beträchtlichen Legitimationskrise befindet, deren Ursprung tiefer und weiter zurück liegt als die letzten Jahre alleine. Zweitens weil der Krieg ohne Soldat_innen und Reservist_innen nicht denkbar ist, allen Entwicklungen in der digitalen oder autonomen Kriegsführung zum Trotz. Ihre Abhängigkeit von den Volksmassen kann darum ein Hebel sein, mittels dessen sich die Kriegstreiberei durchkreuzen lässt. Ein Hebel, an dem Sozialist_innen schon vor mehr als einem Jahrhundert anzusetzen versuchten. Zum Beispiel Jean Jaurès, der davon sprach, dass «diese gewalttätige und chaotische Gesellschaft – der Kapitalismus – den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen», weswegen einzig die sozialistische Sache «die Partei des Friedens ist.»

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Brandstiftung bei UBS in Zürich

In der Nacht auf den 8.9.25 haben wir bei der UBS an der Badenerstrasse in Zürich einen Brand gelegt.

Unsere Flammen sind ein Gruss an die Millionen von Menschen, die Tag für Tag auf der ganzen Welt für die Befreiung Palästinas auf der Strasse sind. Sie sind eine Durchhalte-Parole in Richtung der palästinensischen Brüder und Schwestern in Gaza, in der Westbank, in den Knästen Israels und im weltweiten Exil. Und sie sind ein Aufruf – und eine Drohung – den Kampf gegen Krieg und Besatzung auch hier in Europa zu intensivieren.

Hierzulande muss sich (und tut es bereits) eine Linie dieser Intensivierung gegen die UBS richten. Seit jeher stark in Israel investiert, hat sie allein in diesem Jahr ihren Besitz an Elbit Systems, einer der grössten israelischen Waffenschmieden, verzehnfacht. Wo Bomben fallen und Menschen sterben pumpt die UBS ihre Millionen rein.

Krieg dem Krieg heisst für uns, die Verantwortlichen des Schlachtens in Gaza hier in Europa zu demaskieren, zu konfrontieren und zu sabotieren. Und Hebel dafür gibt es – gerade in der Schweiz – genügend.

Der Finanzplatz Schweiz – und allen voran sein Flaggenschiff UBS – ist mehr als Profiteur der weltweiten Verheerungen. Er ist ein wesentlicher Grund dafür. Erinnern wir uns, um vorwärts zu blicken: Es waren nicht irgendwelche UNO-Vollversammlungen und nicht irgendwelche zu moralischer Einsicht gelangte Minister:innen, welche den imperialistischen Krieg der USA gegen Vietnam beendet, die Befreiung Algeriens erzwungen oder die koloniale Apartheid in Südafrika gestürzt haben. Es war der entschlossene Kampf vor Ort gemeinsam mit der internationalistischen Bewegung in den imperialistischen Zentren, welcher die Herrschenden gezwungen hat – gegen ihre Interessen – einzulenken. An diese Erfahrungen, an dieses Selbstbewusstsein gilt es anzuknüpfen.

Denn der Genozid am palästinensischen Volk geschieht nicht einfach so. Er ist auch nicht einfach das Werk einer rechtsextremen israelischen Regierung. Sicher, der zionistische Staat ist in seinem Wesen tief durchdrungen von Rassismus. Und sicher, Rassist:innen sind nicht eben bekannt für ihre rationale Logik. Aber der zionistische Staat inklusive seiner genozidalen Politik folgt durchaus einer rationalen Logik. Es ist die Logik bedrohter Profite westlicher Interessensblöcke.

Ein solcher Interessensblock ist eben das Schweizer Kapital. Dessen Interessen am Krieg sind zunächst ganz unmittelbar. Vor Kurzem sind die Quartals-Zahlen der US-amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde veröffentlicht worden. Mit dabei die Investments der UBS, welche diese an den US-Börsen in den letzten drei Monaten getätigt hat. Und damit deren Investments in einige Unternehmen der israelischen Rüstungsindustrie. (...)

Nein, für den Untergang dieses Systems, das Genozide produzieren wird, solange es existiert, müssen wir schon selber sorgen. Internationalismus heisst für uns darum in allererster Linie: Da wo wir sind beharrlich an diesem Untergang zu arbeiten.

Hoch die internationale Solidarität!
Für eine revolutionäre Perspektive!

Aus Platzgründen gekürzt. Die ganze Erklärungen findet sich hier:

<https://barrikade.info/article/7142>

STANDORTPOLITIK

Greater Zurich Area – für wen?

Standortpolitik als Geschäftsmodell: Der Boden für Tech-Unternehmen ist praktisch nirgends so fruchtbar wie in Zürich. Dies lässt sich anhand unterschiedlicher Veränderungen festmachen. Das städtische Budget profitiert ebenfalls von dieser Entwicklung.

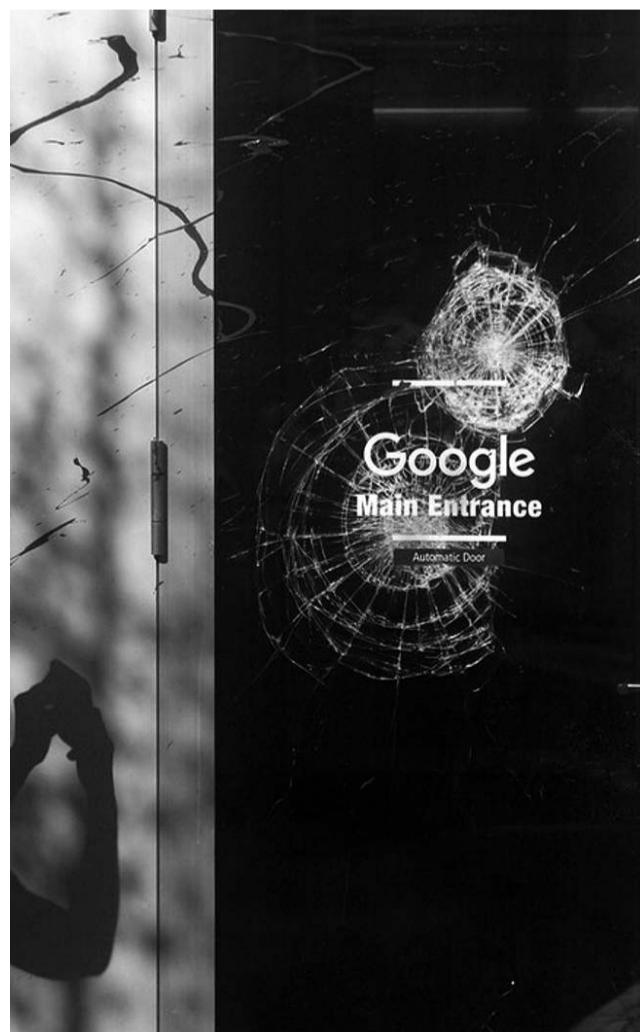
(ag) Die Aktiengesellschaft Greater Zurich Area (GZA) wirbt bei potenziellen Kund_innen auf ihrer Website damit, dass in Zürich eine höhere BigTech-Dichte als im Silicon Valley herrsche. Ihr Geschäftsmodell ist einfach: Die Firma wirbt grosse ausländische Tech-Firmen an, damit diese ihre Standorte auch hier eröffnen und dabei optimale Bedingungen vorfinden. Ihr Slogan: «Where world-class technology meets Swiss reliability». Dabei bieten sie unterschiedliche Dienstleistungen an, unter anderem Beratungen für ausländische Firmen zum hiesigen Standort und sprechen Empfehlungen aus. Auch unterstützen sie bei rechtlichen oder steuerlichen Fragen, die spezifisch für die Schweiz gelten oder machen für solche Firmen die lokale Vernetzungsarbeit zu anderen grossen Playern aus der Privatwirtschaft.

1998 wurde die GZA gegründet. Sie funktioniert einerseits durch eine Stiftung, die durch die Trägerschaft aus Kantonen, Banken, Versicherungen und Bildungsinstitutionen finanziert wird, eine «Public-Private-Partnership». Andererseits durch die GZA Aktiengesellschaft, die operativ tätig ist. So etwas wie der kapitalistische Traum; die staatlichen Gelder vereint mit Wirtschafts-Anwaltskanzleien, Banken wie der UBS oder verschiedenen Kantonalbanken, Versicherungen und Firmen wie Holcim in einem Team für das gemeinsame Interesse der Profitmaximierung.

Der Kanton Zürich fördert die GZA jährlich mit 2,1 Millionen Franken und die Stadt Zürich mit 250'000 Franken. Der Kantonsrat begründet seine doch grosszügige Finanzierung damit, dass die GZA in der Vergangenheit zu Steuereinnahmen von über 647 Mio. Franken verholfen habe. Die ebenfalls neu geschaffenen Arbeitsplätze werden zusätzlich genannt.

Das ruhige Hinterland für den Profit

Im Beschluss des Kantonrats von Zürich über die Bevolligung der Beiträge an die GZA wird sehr genau beschrieben, wieso man so viel Geld in eine private Firma stecken möchte. Man sei sich bewusst, dass die GZA dafür sorge, dass unternehmensstarke Firmen sich hier, überproportional direkt in Zürich selbst, niederlassen. Dazu gehöre aber auch, dass die Stadt den Bedürfnissen dieser Unternehmen und deren Arbeiter_innen entgegenkommen muss. Konkret beschreiben sie, dass politische und wirtschaftliche Unsicherheiten vermieden werden müssen.



Wohndemo 5.4.2025 – Eine Möglichkeit sich zur GZA und deren Firmensiedlung zu äussern.

Die politische und wirtschaftliche Sicherheit bezieht sich, versteht sich, höchstens auf die Schweiz selbst. So gäbe es viele Möglichkeiten, sich für Frieden auf der Welt zu engagieren, ohne die Entwicklung von Kriegstechnologien zu fördern. Es gibt genügend Beispiele von Firmen, die sich durch das Engagement der GZA die Schweiz sehr bewusst als ruhiges (politisch und wirtschaftliches) Hinterland ausgesucht haben, um von hier aus auch Produkte für den Krieg herzustellen oder zu entwickeln. So arbeitet OpenAI mit dem US-Rüstungskonzern Anduril Industries zusammen oder die Firma Anthropic hat Verträge mit dem Pentagon zur Entwicklung von KI-Systemen. Beides Firmen, welche durch die GZA hier in Zürich angesiedelt wurden. Ein grundsätzliches Problem mit politischen Unsicherheiten scheint die Schweiz nicht zu haben - solange es profitabel für das eigene Portemonnaie bleibt.

Neue Arbeitsplätze – aber für wen?

Hier beginnt bereits die einseitige Erfolgsgeschichte von GZA zu enden oder mindestens zu bröckeln. Denn die Arbeitsplätze, welche durch Firmen geschaffen werden, die durch die GZA ihren Weg in die Schweiz gefunden haben, sind sehr spezifisch. Die Arbeitskräfte müssen immer spezialisierter sein, komplexere Arbeiten erledigen und flexibel sein bezüglich ihres Arbeitsortes und ihres Arbeitspensums. So werden vor allem hochspezialisierte Fachkräfte aus der ganzen Welt angeworben. Interessant ist dabei, dass diese Fachkräfte für ihren generierten Mehrwert eigentlich überausgebeutet werden. Dies bedeutet nicht, dass sie wenig Lohn verdienen, aber sie machen maximal viel Profit. (Genauere Erläuterungen dazu in Ausgabe 121, S. 13: Politische Ökonomie: Überraschung – trifft es das, was wir sagen wollen?)

Die GZA verschärft eine Entwicklung, die ohnehin schon im Gange ist; nämlich, dass es perspektivisch nur noch entweder einfache oder komplexe Arbeit gibt, für sehr wenig oder sehr viel Lohn. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass die Schere innerhalb des Proletariats grösser wird, dass das Proletariat gespaltet wird und gewisse Berufe weiter prekarisiert werden.

Finden tun sich spezialisierte künftige Arbeiter_innen aber auch hier in der Schweiz. Die ETH, auch am Projekt GZA beteiligt, gilt als eine weltweit führende Hochschule, unter anderem für Informatik. Die Schweiz bietet damit ein einzigartiges Angebot: An einer der besten Hochschulen studieren und gleichzeitig bereits während dem Studium Möglichkeiten haben, Praktika bei Firmen wie Google, Amazon oder Meta zu absolvieren. Und das alles in der gleichen Stadt.

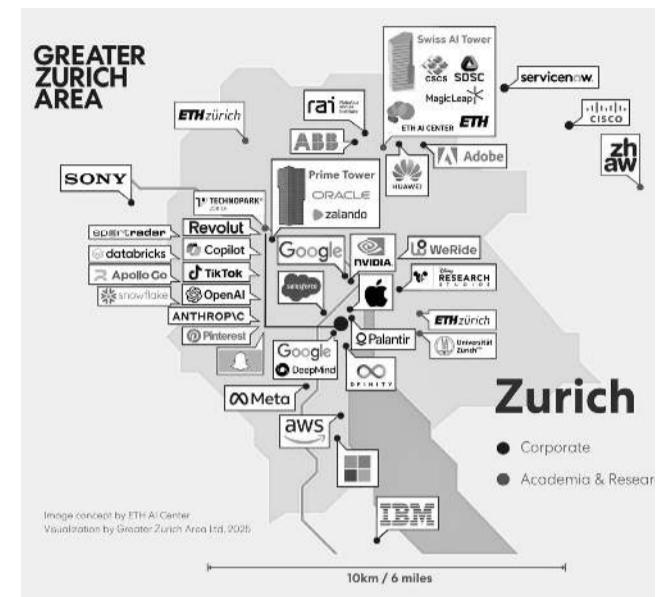
Auch die ETH nimmt es nicht so streng, wenn es ums Raushalten bei politischen Angelegenheiten geht, solange der Preis stimmt. So lässt sich die Hochschule von Arma-Suisse (zuständig für die Beschaffung, Prüfung und Entwicklung von militärischer Ausrüstung und Technologie für die Schweizer Armee) über 2,5 Millionen Franken bezahlen für Forschungsprojekte im Bereich Robotik. Dass diese Zusammenarbeit nur Entwicklungen für den zivilen Bereich vorsieht, macht den Deal nicht weniger fraglich.

Neue Wohnungen – aber für wen?

Die gutverdienenden Arbeiter_innen kommen oft nur für eine begrenzte Zeit nach Zürich, um in den hiesigen Standorten zu arbeiten. So ist es nicht unüblich, dass die Firmen, welche spezialisierte Arbeiter_innen aus der ganzen Welt anstellen, auch gleich möblierte Apartments zur Verfügung stellen, in welchen sie dann, während ihrem Aufenthalt wohnen können. Dies haben nicht nur Firmen wie Vision Apartments oder Swiss Star Apartments gemerkt. Ganze Häuser, welche unter anderem diesen Firmen gehören, sieht man im Stadtbild immer mehr. Oftmals erkennbar durch die Balkone, welche pro Haus alle mit den exakt gleichen zwei Stühlen und einem Tischchen ausgestattet sind. Seit 2020 entstanden in der Stadt Zürich 1850 neue Apartments. Im März 2025 war mehr als jede zwanzigste Wohnung im Kreis 4 ein befristetes Apartment. Das merken auch wir als Stadtbevölkerung. Die Apartments sind nicht nur unglaublich teuer, sondern sie beeinflussen die gesamten Quartiere und Stadt.

Das Offensichtlichste zuerst: ganze Häuser, die nicht langfristig bewohnt und vormöbliert sind, verdrängen die proletarische Bevölkerung in die äusseren Quartiere der Stadt. Dazu verunmöglichen solche Wohnungen durch die häufigen wechselnden Bewohner_innen Identität, solidarische Nachbar_innenschaft und gemeinschaftliches Leben. Die Apartments wirken nicht nur auf die Quartieratmosphäre, sondern tragen auch zur Wohnungskrise und Aufwertung bei. Durch den hohen Profit, der mit so teuer vermieteten Wohnungen gemacht werden kann, werden

die Mietpreise für alle höher. Die Mietpreise sind aktuell so hoch wie noch nie in der Stadt Zürich. Seit 1999 sind die Mieten um 96% gestiegen. So lohnt es sich, wenn man Eigentum besitzt, mehr Luxusapartments befristet zu vermieten, als normale Wohnungen zu unterhalten.



Wie viele dieser Firmen sind in Kriegstechnologie verwickelt? – Die Karte der GZA zeigt, wie viele solcher Firmen sie in Zürich schon ansiedeln konnten.

Lebensqualität als Standortfaktor

Die Aufwertung geht mit höheren Mieten einher, genauso wie hohe Mieten die Aufwertung weiter vorantreiben. Dieses Duo-Infernale wirkt auf alle Bereiche des Stadtlebens.

Der Zürcher Kantonsrat schreibt in seinem Beschluss über die Bewilligung der Beiträge an die GZA bis ins Jahr 2027 folgendes: «Die GZA ist sich dabei sehr bewusst, dass die Lebensqualität im Wirtschaftsraum der Greater Zurich Area ein zentraler Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil ist. Lebensqualität spielt für die hochqualifizierten Mitarbeitenden von wertschöpfenden ansässigen Unternehmen und solchen, die sich hier ansiedeln, eine wichtige Rolle.»

Da Lebensqualität ein Standortfaktor ist, bedeutet das, dass die Stadt die Lebensqualität an die Bedürfnisse der von GZA angeworbenen Firmen ausrichtet. So werden beispielsweise Kaffees und Restaurants nach Kund_innen ausgerichtet, die einen hohen Lohn haben, öffentliche Räume wie Parks und Strassen werden mehr überwacht. Auch das bestätigt der Kanton gleich selbst: «Weil diese Spezialistinnen und Spezialisten, die oftmals weltweit gesucht sind, sich ihren Arbeitsort in der Regel aussuchen können, sind qualitative Faktoren des Standorts wie Umweltqualität, Naherholung, Kultur, persönliche Sicherheit, internationale Schulen usw. für sie und ihre Familien zentral.» Das Projekt der GZA prägt die Stadt auf verschiedensten Ebenen. Von den Logos und Gebäuden der Firmen, über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis zur Aufwertung, Zürich soll gesamthaft zur einer wirtschaftlichen «Area» werden.

Die Quartiere, die unsere Heimat sind, der Ort, wo wir leben und kämpfen, sollen nach den Wünschen der neu angesiedelten Firmen und deren Angestellten umgestaltet werden. Genau das ist auch der Grund, weshalb wir uns für die GZA interessieren sollten. Und achtsam sein auf die Veränderungen, die passieren, wenn so strategisch Standortpolitik von den Herrschenden betrieben wird. Und wir müssen erkennen, wer hinter den Entwicklungen steckt, die unsere Quartiere verändern. Schliesslich sind es wir, die von den Machenschaften der GZA betroffen sind.

Die Stadt wird von Politik und Investor_innen gemeinsam zum traditionellen ruhigen Hinterland des Kapitals gemacht. Kein Wunder also, bietet die Stadt den perfekten Ort, um mit der Entwicklung von Überwachungssoftwaren und Kriegstechnologie Profit zu generieren. Denn Aufwertung, Stadtplanung und Wohnpolitik ist für sie immer Standortpolitik für Profit.

ARBEITSKAMPF

Plattformarbeit und Organisierung

Ende Oktober hat das Unternehmen «Familie Wiesner Gastronomie» (FWG) den hauseigenen Lieferdienst eingestellt. Von nun an setzt es für die Essensauslieferung auf UberEats.

(agkk) Die FWG ist eine der grössten Gastronomieketten der Schweiz. Ihr gehören Restaurants wie Negishi, MissMiu oder Butcher. Am Laufband werden in der ganzen Schweiz neue Lokale eröffnet und der jährliche Umsatz der Firma beträgt an die hundert Millionen CHF. Gerne schmückt sich die FWG mit einem innovativen, nachhaltigen und sozialen Image. Dennoch stellt das Unternehmen nun über hundertzwanzig Arbeiter_innen vor die Tür und beschliesst gleichzeitig eine intensive Zusammenarbeit mit dem in erster Linie für seine asozialen Arbeitsbedingungen bekannten Konzern Uber. Es ist keine Überraschung – ein kapitalistisches Unternehmen, welches sich Nachhaltigkeit und soziales Engagement auf die Fahne schreibt, wird zwangsläufig irgendwann der Lüge überführt. Dennoch lohnt es sich in diesem Fall genauer hinzuschauen: Nicht nur unserer Klassensolidarität wegen, sondern auch, da in diesem Fall zwei interessante aktuelle Entwicklungen erkennbar sind.

Entwicklung 1: Uber und die Plattformarbeit

Plattformarbeit bezeichnet eine Form der Arbeit, bei der Unternehmen oder Einzelpersonen über eine Online-Plattform miteinander in Kontakt treten, um gegen Bezahlung eine gewisse Dienstleistung zu verrichten (wie Liefer- und Taxidienste). Seit Jahren gewinnt diese Arbeit zunehmend an Gewicht – vorangetrieben unter anderem von Uber. Angepriesen wird das Modell für die Flexibilität, welche es den Arbeitenden bietet, für das Kapital bedeutet es eine Möglichkeit zur effizienteren Ausbeutung der Arbeiter_innen. Beschäftigte in der Plattformarbeit gelten meist als Selbstständige, weshalb das Arbeitsrecht nur bedingt greift und Schutz kaum vorhanden ist. Dies bedeutet mehr Profit, mehr Geld in den Taschen der Chefs – das mögen auch die Brüder Wiesner, die Besitzer der FWG.

Plattformarbeit ist Klassenkampf von oben, in verschleierter Form. Dies zeigt sich deutlich in der Taxibranche; eine der ersten Branchen, in die Uber mit seinem

immensen Kapital eindrang, die Preise und somit Löhne nach unten drückte und «traditionelle» Unternehmen verdrängte. Nun erleben wir das Aufkommen einer neuen Plattform (also eines neuen kapitalstarken Unternehmens), nämlich Bolt – erneut sollen die Löhne der Taxifahrer_innen gesenkt werden. Doch es formiert sich bereits Widerstand dagegen. Anfangs November fand in Zürich ein selbstorganisierter Streik von Taxifahrer_innen statt. Sie standen für eine Regulierung ihrer Branche ein und forderten faire Arbeitsbedingungen. Der Staat tut sich derweil, wie immer, schwer, Regelungen durchzusetzen, welche dem Kapital einen Strich durch die Rechnung machen. Nur die eigene Organisierung von unten kann diesen Grosskonzernen und ihrer Plattformarbeit Einhalt gebieten.

Entwicklung 2: Branchenweite Basisorganisierung

Die Kurierenden der Familie Wiesner Gastronomie waren in den vergangenen Jahren mehrmals in der Öffentlichkeit präsent. So traten sie im Rahmen der Strike For Futures 2021 gemeinsam mit weiteren Kurierenden unter dem Namen RidersUnite! in Erscheinung. Im Rahmen der Basisorganisierung, inspiriert von Kurierenden weltweit, die sich von São Paulo bis Frankfurt selbstbestimmt zusammen-

schlossen, machten sie auf die grundlegenden Fragen in dieser Branche aufmerksam: Inwiefern sind Kurierende am Hebel, um eine ökologischere Logistik durchzusetzen? Wie so boomt genau der Bereich der Fooddeliveries – was sagt dies über den Zustand unserer Gesellschaft aus? Fragen, welche in der Konsequenz aufs Herz des Kapitals abzielen – und sie werden dann gestellt, wenn sich Arbeitende zusammenschliessen. Das Kapital hat ein starkes Interesse solche Organisierung zu zerschlagen. Eine Massenentlassung, die ökonomisch nicht notwendig ist und dem Image des Familienkonzerns Kratzer verleiht, wird dann auch schnell entschieden. Nicht umsonst verkündete die FWG im Rahmen der Massenentlassung auch, dass die Kurier_innen sich von den Werten des Unternehmens entfernt hätten...

Die Basisorganisierungen mehren sich in verschiedenen Branchen und gehen oft mit grundsätzlichen Fragestellungen einher. Die etablierten Gewerkschaften, die in gewissen Branchen ohnehin nur schwer Fuss fassen können, würden dazu neigen, derartige grundsätzliche Fragen in eine systemimmanente Form zu drücken, was Basisorganisationen weniger tun. Die Vereinzelung und die fehlenden Regelungen des Staates, erschweren es den Gewerkschaften, ihre Rolle wahrzunehmen. Selbstorganisierte Streiks, wie oben erwähnt, sind eine der Folgen.



FWG-Kurier_innen beim selbstorganisierten Streik.

GEHILFEN DES IMPERIALISMUS

Zur Verleihung des Friedensnobelpreises: Das Wort Frieden verkommt zur Farce

Die venezolanische Politikerin María Corina Machado hat den Friedensnobelpreis 2025 erhalten. Ein Schlag ins Gesicht aller, die für Frieden kämpfen.

(gpw) Der Friedensnobelpreis gilt als eine der wichtigsten politischen Auszeichnungen der Welt. Machado wird gemäss dem Nobelkomitee für ihren «unermüdlichen Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes und für ihren Kampf um einen gerechten und friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie» ausgezeichnet. Und der Vorsitzende des Komitees hält fest: «Der Friedensnobelpreis 2025 geht an eine mutige und engagierte Meisterin des Friedens: An eine Frau, die die Flamme der Demokratie inmitten einer wachsenden Dunkelheit am Brennen hält.» Wie bitte? Was?



So sieht Frieden in den Augen von María Machado aus:
US-Flugzeugträger in der Karibik

Von Gewalt gekennzeichnet

Man kann von der Regierung Maduro halten, was man will, aber das ist einfach nur lächerlich. Machado ist Teil der US-amerikanischen Regimewechselmaschine. Sie ist Verfechterin der Sanktionen gegen Venezuela und Fürsprecherin von Privatisierungen und ist sich nicht zu schade, ausländische militärische Interventionen zu fordern – aber selbstverständlich alles im Namen der Demokratie. Ihre Geschichte und ihre Politik sind von Gewalt durchsetzt. Machado war bereits eine wichtige Figur während des Staatsstreichs 2002, als der gewählte Präsident Hugo Chávez kurzzeitig gestürzt wurde. Sie unterzeichnete ein Dekret, das die Verfassung aufhob und alle öffentlichen Institutionen auflöste. 2014 applaudierte sie, als gewalttätige Proteste den Sturz der Regierung erzwingen wollten. Dabei wurden Barrikaden errichtet, Busse mit Arbeiter_innen in Brand gesetzt, Menschen, die als Chavist_innen verdächtigt wurden, geschlagen und teilweise getötet. Eine medizinische Brigade aus Kuba wurde beinahe bei lebendigem Leib verbrannt und öffentliche Gebäude angegriffen.

Aktuell biedert sich Machado bei Trump an, um einen Regimewechsel herbeizuführen und versucht ihren Einfluss geltend zu machen, um durch eine ausländische Intervention Venezuela «zu befreien». Da Trump nun tatsächlich Kriegsschiffe inklusive Flugzeugträger im Namen des Kriegs gegen Drogen in die Karibik entsandte und offen mit einer Invasion drohte, bot sie sich an, als lokale Stellvertreterin der USA zu amtieren. Es ist klar, dass sie, sollte sie an die Macht kommen, Ölreserven, Wasser und Infrastruktur an private Firmen übergeben würde. Diese Rezepte kennt man in ganz Lateinamerika nur zu gut und machten schon verschiedene Länder zu Experimentierfeldern imperialistischer Ausplünderung. Machado steht also sicher nicht für Frieden und Fortschritt. Sie ist Teil einer internationalen Allianz der Rechten mit Hang zum Faschismus. Sie predigt Frieden und Demokratie und meint nackte Gewalt.

Machados Auszeichnung sorgt für noch mehr Kopfschütteln in Lateinamerika als Obamas Ehrung im Jahr 2009. Man sieht darin den Versuch, eine Politikerin aufzupolieren, deren Karriere mit der Forderung nach zerstörerischen Sanktionen und militärischen Interventionen verbunden ist. Sanktionen sind eine lautlose Variante der Kriegsführung, die, wie mehrfach in Studien nachgewiesen, mehr Menschen getötet haben als Kriege, indem sie grosse Bevölkerungsgruppen von Nahrung, Medikamenten und Energie abschneiden.

Im Kontext des ungeheuerlichen Drucks des US-Imperialismus auf Venezuela ebnen die Auszeichnung den Weg für kriegerische Auseinandersetzungen, die nicht nur Venezuela, sondern die ganze Region gefährden. Im Gegensatz dazu wurde die Verleihung in Europa positiv aufgenommen und offenbart damit auch koloniale Muster. Machado ist eine weisse Frau aus einer wohlhabenden Familie mit politischen Positionen, die die angeblich «ziviliatorische Mission» Europas glorifizieren.

Frieden erkämpfen

Immerhin scheinen in Norwegen nicht alle auf den Kopf gefallen zu sein. Der norwegische Friedensrat, dem verschiedene Friedens- und Abrüstungsorganisationen angehören, hat eine Zeremonie anlässlich der Preisverleihung abgesagt. Die Mitgliederorganisationen seien der Ansicht, dass Machados Haltung und Rhetorik nicht mit friedensfördernden Grundsätzen vereinbar seien. Immerhin: Ist Machado eines Friedensnobelpreises würdig, hätten wir einen Vorschlag für den Friedensnobelpries 2026: Benjamin Netanyahu. Was abwegig erscheint, kann Realität werden. Wenn selbst Henry Kissinger 1973 einen Nobelpreis erhielt, ist vieles möglich. Und überhaupt: Frieden wird nicht in chichen Sitzungssälen verliehen – Frieden wird von den Massen erkämpft.

ANTIFASCHISMUS

Vom rechten Sumpf zur linken Gegenkultur

Die vergangenen zehn Jahre haben einen rasanten Rechtsruck hervorgebracht. Neue rechte Jugendkulturen wachsen aus Misstrauen, Krise und sozialer Abstiegsangst. Gleichzeitig entsteht in der Schweiz eine lebendige antifaschistische Gegenkultur.

(agaf) Die politische Landschaft Europas hat sich in den letzten zehn Jahren massiv verändert. Die Stärke rechter Bewegungen, die Radikalisierung konservativer Miliens und das Auftreten neuer rechter Jugendgruppen sind keine zufälligen Erscheinungen. Sie sind Ausdruck tiefer gesellschaftlicher Umbrüche. Bereits seit der Weltwirtschaftskrise von 2008 bröckelte die ideologische Stabilität des Kapitalismus. Die vergangenen Jahre haben diese Entwicklung noch beschleunigt, auch in der Schweiz.

Schon zu Beginn der 2010er Jahre zeigte sich, dass sich ökonomische Krisenwirkungen und sozialer Druck auf das Kleinbürgertum verstärkten. Die Oberschicht reagierte mit Privatisierungen, Lohnsenkungen, verschärften Kontrollen, Sozialabbau und der Verlagerung von Industrieproduktion in Regionen mit tiefen Löhnen und schwachen Arbeitsrechten.

Während die bürgerliche Ideologie versprach, dem Kleinbürgertum Sicherheit und Stabilität zu verschaffen, drang nun die Krise in dessen Alltag ein. Das Resultat war eine Mischung aus politischem Misstrauen, gesellschaftlicher Entfremdung und der Suche nach neuen Erklärungsangeboten, die häufig reaktionär waren.

Vom Misstrauen zur rechten Mobilisierung

Aus diesem Gemisch entstanden neue Mobilisierungen, die anfangs noch politisch diffus wirkten. Ihren Ursprung hatten sie oft in Friedensmahnwachen gegen den Krieg oder Kundgebungen gegen die Macht der Banken. Doch diese Ansätze kippten schnell. Der Inhalt dieser Bewegungen war bald geprägt von generalisiertem Misstrauen gegenüber jeder Form von kollektiver Organisation. Ohne homogenes politisches Programm öffneten sie Tür und Tor für Rassismus, Maskulinismus, Esoterik und reaktionäre Weltbilder.

Die Corona-Pandemie wirkte anschliessend wie ein Brandbeschleuniger. Rechte Radikalisierung wurde massentauglich. Nicht mehr nur in abgeschotteten Gruppen, sondern im Alltag, am Arbeitsplatz und im familiären Umfeld. Während die Linke kaum aufzeigen konnte, dass der pandemische Autoritarismus nur eine sichtbare Zuspitzung bereits bestehender staatlicher Kontrollmechanismen war, gelang es der Rechten, diese Erfahrung politisch umzudeuten. Aus staatlicher Krisenverwaltung wurde in ihrer Darstellung ein Feld dunkler Mächte. Aus realen Klassenverhältnissen wurde ein Erzählraum der Verschwörung. Die systemischen Ursachen verschwanden vollständig. Stattdessen wurden migrantische Menschen, feministische Bewegungen, queere, muslimische und jüdische Personen, linke Organisationen und die Klimabewegung zu den Feindbildern des angeblichen Freiheitskampfes.

Rechte Jugendkultur als Produkt der Krise

Der entscheidende Bruch wurde sichtbar, als Jugendliche diese neu entstandene rechte Lebenswelt aufgriffen. Im Unterschied zu älteren Generationen, deren Proteste von Opferdiskursen und nostalgischen Erzählungen geprägt waren, entdeckten rechte Jugendliche eine identitäre Ausdrucksform, die sie über Kampfsport, Kleidungsmarken, Memes, Online Communities und paramilitärische Inszenierungen herstellten. Ihr Selbstverständnis als «rebellische» Kraft verdeckte, dass sie nur den autoritären Kern bürgerlicher Herrschaft reproduzierten. Ihre Vorbilder waren männlich geprägte Autoritätsfiguren (siehe Artikel «Das Netzwerk hinter digitalen Männerkulturen», Aufbau Zeitung 120) ihr Weltbild war verengt und hierarchisch.

Historische Kontinuitäten des rechten Sumpfes

Diese Entwicklung ist nicht neu. Bereits die rechts-extreme Gewaltwelle der 1990er Jahre entstand in einem Klima von Nationalismus und rechter Hetze. Die SVP und ihr Umfeld führten damals aggressive Kampagnen gegen Migration und internationale Zusammenarbeit. Ein Höhepunkt dieser Stimmung war die EWR-Abstimmung von 1992. Die Europäische Wirtschaftsraum-Vereinbarung hätte der Schweiz den Zugang zum europäischen Binnenmarkt eröffnet. Die Rechte mobilisierte jedoch mit nationalistischer Propaganda gegen die Vorlage und gewann die Abstimmung knapp. Obwohl viele der sichtbaren Protestformationen danach wieder verschwanden, blieben die rechtsextremen Gruppen bestehen, die in diesem Klima gewachsen waren, und trugen den Hass weiter.

Die Kontinuität dieses rechten Sumpfes zeigt sich bis heute. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Freiheits-Trichler, die während der Corona Pandemie als lautstarke Begleitformation der verschwörungs-ideologischen und rechten Mobilisierungen auftraten. Sie stehen exemplarisch für die Politisierung traditioneller Kulturfomaten zugunsten einer reaktionären und autoritären Agenda. Die Trichler sind nicht die Ursache des Rechtsrucks, doch sie machen sichtbar, wie weit reaktionäre Stimmungen längst in gesellschaftliche Tiefenschichten eingesickert sind und wie sehr sie kulturell verankert werden können.

Linke Gegenkultur schaffen

Das ist jedoch keine Aufforderung zu moralischer Empörung. Auch eine Rückkehr zu liberalen Appellen und staatstreuen Argumenten wird keine Antworten liefern. Rechte Kulturen beziehen ihre Stärke aus einem identitätsstiftenden Gefühl, aus kollektiven Erlebnissen und aus der gemeinsamen Interpretation gesellschaftlicher Krise.

Was es heute braucht, ist eine linke, antifaschistische Gegenkultur. Sie muss identitätsstiftend wirken, ohne Rassismus, ohne patriarchale Gewalt, ohne Verschwörungserzählungen. Sie muss kollektive Perspektive, Solidarität und Klassenkampf in den Vordergrund stellen. Und sie muss diese Perspektive als soziale Erfahrung zugänglich machen, die attraktiv, kämpferisch und ermutigend ist.

Offene Antifaschistische Treffen

Genau an diesem Punkt setzen die Offenen Antifaschistischen Treffen an. In den letzten Jahren sind in der ganzen Schweiz neue OATs entstanden. Sie sind in Basel, Zürich, Bern und Luzern ebenso gewachsen wie in St. Gallen, Winterthur, Aargau und dem Zürcher Oberland. Was zu Beginn nur als lokale Reaktion auf die sichtbarer werdenden rechten Jugendstrukturen gedacht war, hat sich inzwischen zu einer schweizweiten Struktur politischer Organisierung entwickelt.

Die OATs bieten Raum für politische Bildung, Diskussion und praktische Aktion. Sie schaffen Orte, an denen antifaschistische Perspektiven verständlich und zugänglich werden, unabhängig von Vorwissen oder sozialer Herkunft. Die OATs sind bewusst offen angelegt, damit Jugendliche und Erwachsene ohne Einstiegsschwellen die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und sich gegen das Aufkommen rechter Kultur und Hetze zu positionieren. Die Treffen sind damit nicht nur Abwehrorte gegen rechte Mobilisierung, sondern Keimzellen eines politischen Lernens, das auf kollektives Handeln, Selbsternächtigung und solidarische Praxis setzt.

Aus diesem Grund hat eine Vernetzung aus Schweizer OATs die Aktionswoche «Antifaschistischer Herbst» ausgerufen. In diesem Rahmen sind zahlreiche antifaschistische Veranstaltungen und Aktionen in allen Regionen gemacht worden und zeigt, wie sich aus Strukturen bereits eine eigenständige Praxis entwickelt konnte. Ob in Form kreativer Aktionen im öffentlichen Raum, Filmabenden,

Soliaktionen oder politischer Bildungsarbeit, überall werden neue Menschen erreicht und erste Schritte der Organisierung möglich gemacht. So entsteht eine soziale Basis, die nicht nur analysieren kann, was passiert, sondern in der Lage ist, darauf gemeinsam zu reagieren.

«ANTIFA ÜBERALL»

Wie weit diese Entwicklung bereits trägt, zeigte die überregionale Demonstration vom 15. November in Zürich, die das Ende der Aktionswoche einläutete. Unter der Parole «Gemeinsam Perspektiven erkämpfen» versammelten sich mehr als 2000 Antifaschist_innen aus der ganzen Schweiz und darüber hinaus. Die Demonstration wurde trotz polizeilichem Druck und trotz medialer Diffamierungsversuche selbstbestimmt, laut und kämpferisch auf die Strasse getragen. Sie war der sichtbare Abschluss der Kampagne «ANTIFA ÜBERALL», die zuvor während Wochen rechte Jugendstrukturen öffentlich gemacht und deren gesellschaftliche Einbettung analysiert hatte.

Diese Kampagne stellte mit Nachdruck klar, dass der Rechtsruck viele Lebensbereiche gleichzeitig betrifft. Die Kampagne betonte, das Antifaschismus weite Teile der Linken betrifft und trat entschlossen gegen Kapitalismus, rechte Hetze, Polizeigewalt, Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit an. Das machte deutlich, dass Antifaschismus dort stark ist, wo er die gemeinsamen Grundlagen dieser Kämpfe betont. Die Demonstration war deshalb weit mehr als ein Protest. Sie war ein kollektiver Moment des Zusammenkommens, der gezeigt hat, wie unterschiedlichste Erfahrungen und Bewegungen zu einer gemeinsamen Perspektive verbunden werden können.

Gegenmacht aufbauen

Der rechte Vormarsch ist real, doch ebenso real ist die Möglichkeit, ihm eine lebendige linke Gegenkultur entgegenzustellen. Die OATs haben gezeigt, wie niedrigschwellige, offene und solidarische Organisierung aussehen kann. Sie ermöglichen es, gerade jungen Menschen eine politische Praxis zu entwickeln, die sich nicht mehr nur als Reaktion auf die Rechte versteht, sondern als eigene, selbstbewusste Antwort auf die sozialen Verhältnisse.

Antifaschismus darf nicht ausschliesslich auf Abwehr reduziert werden. Er muss zur Grundlage einer gesellschaftlichen Perspektive werden, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität miteinander verbindet. Die Entwicklung dieser Kampagne und die Kraft der Demonstration haben gezeigt, dass Antifa überall sein kann, wenn Menschen anfangen, sich zu organisieren und kollektiv zu handeln.

Die Frage ist nicht, ob wir eine neue linke Gegenkultur aufbauen können. Die Frage ist, ob wir bereit sind, sie entschlossen weiterzuentwickeln. Die OATs haben den Anfang gemacht. Nun liegt es an uns allen, die nächsten Schritte zu gehen.



Überregionale antifaschistische Demo in Zürich 15.11.2025.



Überregionale antifaschistische Demo in Zürich, 15.11.2025

Fortsetzung von Seite 1

libertär-faschistischen amerikanischen Tech-Milliardärs Peter Thiel erscheint Greta Thunberg als Inkarnation des Antichristen. Offensichtlich ist das irrationaler Wahn. Doch zugleich lässt sich darin eine ernstzunehmende Handlungslogik erkennen: Ein Teil des Kapitals reagiert auf eine Bewegung, die aus eigener Sicht das Fundament des Profits infrage stellt. Hierfür unterstützt man jene politischen Gegenkräfte auf rechter Seite, die versprechen mit all dem zu brechen, was die Klimabewegung fordert. Das stellt sich zugleich als Katalysator des eigenen Machtanspruchs heraus, denn mit den Angriffen auf das Feindbild einer emanzipatorischen Klimapolitik kann man tatsächlich bestimmte Schichten der Klasse mobilisieren, beispielsweise einen Teil der Bauernschaft und Landbevölkerung.

Zweitens ist zu bedenken, dass der Klassenkampf von oben keineswegs abgeschlossen ist, auch wenn er von unten nicht mit jener Intensität geführt wird, die dem historischen Faschismus vorausging. Auch das zeigt sich in der Regierung Trump. Zu den erlassenen Massnahmen gehörten unter anderem Steuererleichterungen für die Reichen, Sonderbehandlungen für lokale Unternehmen, die Lockerung von Arbeitsschutzbestimmungen und Angriffe auf Gewerkschaften. So verlieren gemäß aktuellen Plänen gut zwei Drittel der Staatsangestellten ihr Recht auf gewerkschaftliche Tarifverhandlungen. Dieser Klassenkampf von oben – oder eben die Konterrevolution – manifestiert sich nicht nur in konkreter Politik, sondern auch ideologisch. Das seit mehr als hundert Jahren bewährte Muster rechter Politik besteht bis heute darin, nach unten zu treten und nach oben zu buckeln. Kaum etwas beschäftigt rechte Kommentare in sozialen Medien und Zeitungen so sehr wie das imaginäre Feindbild des Sozialhilferechts. Dabei ist es müssig darauf hinzuweisen, dass der allseits beliebte Steuerbetrug durch die Bourgeoisie den Staat das Hundertfache kostet. Denn es geht hier nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern um Spaltung und um rassistisch aufgeladenen Hass nach unten.

Drittens ist zu bedenken, dass sich die Konterrevolution erst durchsetzen kann, nachdem die Arbeiter_innenmacht aufgelöst und die Arbeiter_innenklasse zerschlagen wurde; nicht an sich, sondern für sich, als politische Formation mit stabilen Solidaritätsbeziehungen, eigener Kultur und kämpferischen gewerkschaftlichen Vertretungen im Betrieb. Hinter diesem Niedergang steht eine lange Geschichte mit unterschiedlichen Phasen und Gegentendenzen, die hier nicht im Einzelnen beschrieben werden können. Nur so viel: Die heutige Hetze nach unten, betrieben von Multi-milliardären wie Musk und seinesgleichen, findet dort Resonanz, wo Klassensolidarität erodiert ist und eine eigenständige politische Perspektive fehlt, sowohl hinsichtlich revolutionärer als auch reformistischer Projekte.

Im Sinne dieser drei Aspekte behalten die klassischen Faschismustheorien, die den Faschismus als chauvinistische Klassenpolitik des Kapitals verstehen, durchaus ihre erklärende Relevanz, auch wenn ihre allzu einfache Dialektik von Ökonomie und Politik einer gründlichen Revision bedarf.

Marx lesen

Doch woraus besteht die Verbindung von Eigentum und Konterrevolution dann? Auch hierfür lassen sich Ansätze aus dem Marxismus gewinnen. Von Aktualität ist bis heute Marx' 1852 erschienene Schrift *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Zu lesen ist der Text stellenweise als historische Analogie. So ist eine Figur wie Bonaparte, der «die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr» stürzt und «Anarchie [...] im Namen der Ordnung» erzeugt, auch heute vorstellbar. Zu lesen ist der Text aber vor allem methodisch, weil Marx versucht, so sein Vorwort, nachzuweisen, wie «der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmässigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichen.» Dabei trifft man auf ein differenzierteres Klassenmodell als etwa im Manifest und anderen propagandistischen Schriften. So nimmt Marx die Schichtungen der Klassengesellschaft als Erklärungsmodell politischer Konflikte ernst und nähert sich zugleich undogmatisch der Frage, wie sich politische Macht im Kapitalismus als Klassenpolitik im doppelten Sinne entfaltet: einerseits als ideologischer Kampf um Hegemonie, andererseits als Politik, in der sich einzelne Fraktionen der Bourgeoisie mit unterschiedlichen Klassen(faktionen) verbünden, um ihre jeweils partikularen Interessen durchzusetzen – ohne Garantie, dass dies auch klappt und dass diese Bündnisse langlebig bleiben.

Zu den Rezipient_innen von Marx' Methode aus dem Achtzehnten Brumaire gehörten in den 1970er-Jahren die in Grossbritannien lebenden Marxist_innen um Stuart Hall. Diese beschäftigten sich unter anderem mit dem Aufstieg Margaret Thatchers und der Frage, welche ökonomischen und kulturellen Bedingungen diesem zugrunde lagen. Zu ihren zentralen Erkenntnissen zählt die Analyse einer rassistisch aufgeladenen medialen Panikmache über die angebliche Zunahme von Strassenüberfällen. Auf diesen imaginären, aber durch mediale Verbreitung wirkmächtigen Verlust eines Sicherheitsgefühls – der im Wesentlichen eine verdrängte Antwort auf die erste grosse ökonomische Krise des Nachkriegsbooms darstellte – folgte der Aufstieg Thatchers als kapitalistische Krisenmanagerin. Das Interesse an der Verbindung von politischen, ökonomischen und kulturellen Dynamiken wurde später unter dem Begriff der Konjunkturanalyse weitergeführt. Diese versteht kurzlebigere his-

torische Epochen im Sinne ihrer prägenden politischen Bündnisse und kulturellen Eigenheiten als Konjunkturen innerhalb gleichbleibender kapitalistischer Produktionsbedingungen.

Für eine neue Analyse der Konterrevolution

Offen bleibt, wie eine solche Konjunkturanalyse für die Gegenwart aussehen könnte, die gleichzeitig all die clownesken Erscheinungen als auch die Klassenpolitik des Kapitals unter dem Stichwort einer Formierung der Konterrevolution einzuordnen vermag. Über einzelne Themenfelder lässt sich jedoch skizzieren, wie eine solche Analyse aussehen könnte, etwa am Beispiel der Klimapolitik – dass es darüber hinaus eine ganze Reihe zusätzlicher Brandbeschleuniger und weiterer Ursachen für die gegenwärtige Rechtsentwicklung gibt, zeigt der zweite Schwerpunktartikel dieser Ausgabe (siehe S.6).

Die Konterrevolution reagiert auf die Klimakrise mit einer praktischen und ideologischen Verlängerung des Ölzeitalters. Damit löst sie eine Eigendynamik aus: Je deutlicher sich dessen Ende abzeichnet, desto irrationaler wird diese Reaktion. So steigert sich die ursprünglich sicherheitspolitisch und imperialistisch begründete und durch die Ölindustrie forcierte Energiepolitik in ein Sammelsurium aus Verschwörung, Trotz und Wahn. Auch hierfür ist die Regierung Trumps ein gutes Beispiel. Die USA sind seit einigen Jahren der grösste Produzent und Exporteur von Öl und Gas. Trumps Politik zielt im Kern darauf, diese Machtposition zu sichern und – im Konkurrenzverhältnis zu Chinas Solarindustrie – auch für die Zukunft auszubauen. Entsprechend erleichterte seine Regierung sowohl die Förderung als auch den Konsum fossiler Energien. Doch die rechte Klimapolitik geht längst über diesen bewahrenden imperialistischen Machtanspruch hinaus. Wenn Trump in seinen Reden behauptet, Windturbinen töten Walfische oder machen Vögel wahnsinnig und die AfD dazu aufruft, bestehende Windanlagen abzureißen, dann ist das nicht bloss groteske Rhetorik: In den USA wurden unter Trump bereits finanzierte Solar- und Windprojekte tatsächlich gestoppt. Je offensichtlicher die Folgen der Klimakrise werden, desto stärker dürfte sich dieser auch für das Kapital schädliche Irrationalismus steigern, auch weil die rechte Politik als Teil der Konterrevolution systematisch die Glaubwürdigkeit etablierter wissenschaftlicher Erkenntnis untergräbt.

Fortsetzung auf Seite 8

Weitere Thesen zur Konterrevolution

1. Die Konterrevolution ist zutiefst nostalgisch. Ihre prägenden kulturellen Imaginationen entstammen jedoch nicht der NS-Zeit, sondern einem ländlichen Konservatismus, der gegen das imaginierte Bild liberaler Städte angebracht wird. Wer sich aus Recherchezwecken auf rechten Accounts oder in entsprechenden Medien bewegt, kennt die immer gleichen (KI-generierten) Bilder: weisse Familien, die einem einfachen, vermeintlich glücklichen Leben im Dorfidyll nachgehen. Diese Idealisierung des konservativen Landlebens ist die falsche Utopie des Kleinbürgertums. Doch sie reicht weiter, zum Beispiel so weit, dass sich Figuren wie der amerikanische Medienstratege Steve Bannon als ‚Agrarian Populist‘ bezeichnen, in Anlehnung an eine konservative Landbewegung um 1900. Auch anderweitig bieten solche Bewegungen Anknüpfungspunkte für die Konterrevolution, etwa über die rechts-extreme niederländische oder weisse südafrikanische Bauernbewegung, die beide weniger mit Fragen der Agrarpolitik, sondern mit faschistischen Weltbildern Politik betreiben, und dies nicht nur für das Kleinbürgertum, sondern auch für einen Teil der Arbeiter_innenklasse. Freilich sind rechte Naturverbundenheit und antiurbane Vorstellungen nicht neu, weder ideologisch noch als ästhetisiertes Propagandabild. Relevant ist das heute jedoch, weil diese Nostalgie mehr ist als blosse Ästhetik der Konterrevolution: Sie mobilisiert Teile der Bauernschaft als falsche Verbündete, sie zählt auf die Unterstützung kriselnder Industriezweige und sie prägt rechte Politik bis hin zur Wirtschaftspolitik, die auf die Revitalisierung des Landlebens und seiner Industrie setzt, und dies auch dort, wo sich diese ökonomisch als unproduktiv erweist.

2. Die Konterrevolution nährt sich vom Ruf nach Sicherheit. In den eigenen Medienkanälen wird ein permanenter Ausnahmezustand inszeniert. Rechte Akteure überfluten ihre Anhänger_innen mit immer neuen Bildern und Videos beklemmender Situationen, die die bisherige Sicherheit westlicher Lebenswelten und ihrer persönlichen Eigentumsrechte bedrohen. Wer den Kanälen des Weissen Hauses folgt, weiss: Selbst an der Macht hält rechte Politik an diesem Gefühl der ständigen Gefährdung fest. Diese heraufbeschworene Gefahr, die zusätzlich fruchtbar wird, wo sie auf religiöse Endzeitvorstellungen trifft, schafft Raum für eine rechte Handlungsfähigkeit, die stets in Gewalt mündet. Dabei erschöpft sich die rechte Sicherheitspolitik nicht in der Bewahrung des Bestehenden, sondern zielt einmal an der Macht auch auf eine Ausweitung von Herrschaft, etwa auf neue Formen der Kontrolle von Handelswegen.

Sicherheitspolitik fungiert somit zugleich als ideologische Mobilisierung der eigenen Kräfte als auch als Vehikel der ökonomischen Expansion unter staatlicher Hand. Sie beginnt allerdings meist eine Stufe tiefer: ideologisch in der Betonung der ständigen Gefahr durch das Fremde und (im eigenen Weltbild) Revolutionäre, praktisch bei der Militarisierung nach innen, die in einzelnen Testfeldern erprobt wird. In weiterer Konsequenz führt diese sicherheitspolitische Logik der Konterrevolution zur Normalisierung des Krieges: weniger als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern als staatlich legitimierte Praxis des Tötens. Das zeigt sich heute genozidal in der israelischen Kriegsführung, aber auch in niedriger Intensität der Barbarei, etwa an den europäischen Außengrenzen oder in den amerikanischen Angriffen auf Fischerboote vor der venezolanischen Küste.

3. Das tagespolitische Ziel der Konterrevolution ist Austerität in Form von Steuererleichterungen für die Bourgeoisie. Steuerfragen bilden eine seltene Schnittmenge einer ansonsten untereinander konkurrierenden herrschenden Klasse. Alleine finanzpolitisch betrachtet sind Staatsabbau und Steuerprivilegien für Reiche und Unternehmen allerdings unpopulär. Deshalb lässt sich eine regressivere Finanzpolitik nur durch ideologische Querverbindungen rechtfertigen. Die beiden zentralen Mittel dieser Rechtfertigung sind einerseits Hetze nach unten, wie sie sich in Hetzfiguren wie dem vermeintlichen ausländischen ‚Sozialschmarotzer‘ zeigt und wie sie beim Kleinbürgertum gut ankommt, andererseits libertäre Propaganda gegenüber unproduktiven Staatsausgaben. Für Steuererleichterungen ist man bei der Bourgeoisie auch bereit, die Konterrevolution gewähren zu lassen, selbst dort, wo sie außer Kontrolle gerät und für das Kapital und einen Teil der liberaleren Bourgeoisie irrational wird. In der Politik hingegen entstehen Widersprüche und man muss sich entscheiden. So begrüßt etwa ein Teil der marktfreundlicheren Fraktion der französischen Faschist*innen den Aufstieg Jordan Bardellas, weil er im Vergleich zu Le Pen eine aggressivere Rhetorik gegen den Sozialstaat fährt. Ähnliche Spannungen zeigen sich in den USA, wo faschistische Strömungen aus ländlichen Gebieten Trumps radikalen Abbau der Gesundheitsversorgung ablehnen. Diese inneren Brüche führen allerdings nicht zur Auflösung der Konterrevolution, sondern treiben sie weiter an: Als Konkurrenzkampf unterschiedlicher Fraktionen, die um die ideologische und politische Vorherrschaft in der Rechten ringen und sich dabei gegenseitig mobilisieren.

4. Die Konterrevolution ist ein Social-Media-Phänomen. Deshalb entfaltet sie globale Wirkung, bleibt aber im Diskurs des rechten amerikanischen Kultukampfs und seines Antifeminismus verhaftet. Wenn Wladimir Putin erklärt, J. K. Rowling werde im Westen angegriffen, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico beteuert, er wolle sich nicht als Kampfhelikopter identifizieren, Benjamin Netanyahu die Ermordung von Charlie Kirk betrauert, und die NZZ eine Woche lang über den US-Podcaster sinniert, den sie vor seinem Tod nicht kannte, dann zeigt sich, dass Politik überproportional oft mit Themen aus dem amerikanischen Kulturraum betrieben wird. Das liegt vor allem daran, dass die Rechtsentwicklung kulturell ein Social-Media-Phänomen ist, und dass die technologische wie ökonomische Basis rechter Kultur somit durch die Aufmerksamkeitsökonomie, AI-Technologien und -Bildwelten sowie die zentralen Figuren der amerikanischen Plattformen geprägt ist. Zentrales Thema hierbei ist der Antifeminismus, der rechte Ideologien über Grenzen hinweg verbindet. Es wäre allerdings falsch zu meinen, dass sich die rechte Politik damit von der Realität löst: Gerade die weltweite Verbreitung des amerikanischen Kultukampfs über diese Plattformen – und in einem zweiten Schritt erst über die alternative rechte Medienwelt – reproduziert dessen Themen soweit, dass sie gesellschaftspolitisch wirksam werden und die Themen der rechten Konterrevolution selbst dort mitprägen, wo Leute sich nicht jeden Tag auf diesen Plattformen bewegen.

Was tun?

Zu wissen, dass wir es mit einer konterrevolutionären Politik zu tun haben und was deren Inhalte sind, bringt Erkenntnis über den Zustand der Welt. Doch ob sich daraus strategische oder taktische Massnahmen ableiten lässt, ist eine andere Frage. Zunächst das Offensichtliche: Konjunkturen sind zwar nicht notwendig langlebig, aber sie bilden dennoch stabile politische Formationen. Dass sich die gegenwärtige Phase nicht selbst überholt, zeigt sich auch darin, dass einzelne Skandale die rechte Politik heute nicht mehr ins Wanken bringen. Die Grenze des Sagbaren ist längst verschoben. Selbst die Tatsache, dass Trump sein Land in eine wirtschaftliche Schieflage versetzt, scheint der globalen Popularität rechter bis faschistischer Bewegungen nichts anzuhaben. Machen wir uns also nichts vor: Wir müssen uns auf härtere Zeiten einstellen. Gleichzeitig bleibt antifaschistische Politik anschlussfähig und damit auch ein strategisches Vehikel revolutionärer (Krisen-)Politik. Als solche kann sie bestehen, wenn sie eigenständige Perspektiven präsentiert und nicht in ein von Rechten gelenktes Fahrwasser gerät, etwa indem sie sich an sicherheitspolitischen und anderen nationalistischen Diskursen beteiligt.

MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression.

Schickt uns eure Fotos!



In grauen Ziviautos rumgurken, das machen die Bullen auch ganz gerne. Es gilt: Nummernschilder merken – lohnt sich!



Nach der erfolgreichen Störung des Marsch fürs Leben am 20.09.25 hat die Einsatzleitung einiges zu besprechen...



An der Palästinademo.



Und auf dem Töff, da filmen sie auch, wer so kommt und geht. Zivilvermummung angesagt!

Im Bild



Nepal, Indonesien, Philippinen, Frankreich, Kenia, Madagaskar, Marokko, Peru: weltweit lehnte sich in den letzten Monaten eine neue Jugendbewegung unter dem Namen «Generation Z» gegen Korruption und soziale Ungleichheit auf. Die jungen Menschen – Studierende, Arbeiter_innen und Arbeitslose – teilen die selbe Wut auf ihre jeweilige herrschende Klasse. Mit einer ungewöhnlichen Fahne nehmen die Bewegungen dabei Bezug aufeinander: Ein Totenkopf mit gelbem Strohhut aus dem Manga «One Piece» taucht bei den riesigen Protesten weltweit auf. Wer das Manga und entsprechende Anime kennt, ist darüber nicht überrascht, denn die Geschichte dreht sich um eine Piratencrew, die gegen Diskriminierung, Unterdrückung und die korrupten Eliten kämpft. Das Manga ist unter jungen Leuten weltweit extrem populär. Durch die Piratenflagge wird ein gemeinsamer Nenner geschaffen, der überall auf der Welt verstanden wird und Ausdruck internationaler Solidarität ist.

FRANKREICH

Den nackten König köpfen

Im September war in Frankreich angerichtet, den bleiernen Krisen-Autoritarismus mit einer antagonistischen Klassenbewegung aufzubrechen – ein Versuch, der in Zeiten scheinbar alternativloser Kriegsvorbereitung und Faschisierung für ganz Europa wertvollen Mut und Lernmaterial liefert.

(rabs) Es ist kurz nach 8 Uhr, als sich ein kleines Grüppchen erfahrungshungriger Genoss_innen aus Zürich und Basel vor einem besetzten Gymnasium im Norden von Paris einen Kaffee gönnt. Nachdem man beim Streikposten der Bus-Fahrer_innen schon eine ordentliche Ladung Tränen-gas abbekam und in der Morgendämmerung eine Autobahn blockierte, scheint eine Pause naheliegend. Doch dieser 10. September ist kein Tag der Pausen. Scheinbar unvermittelt setzt sich die Schulblockade in Bewegung um ein nahegelegenes Verwaltungsgebäude des Innenministeriums anzugreifen: Pech für unseren Kaffee, vor allem aber für die Bullen, die das Gebäude zu schützen versuchen. So geht es weiter, den ganzen Tag und in ganz Frankreich. Hundertausende sind auf der Strasse, Zehntausende streiken allein in den Spitäler.

Gegen die Austerität...

Unmittelbarer Auslöser war die Ankündigung weiterer Austeritäts-Massnahmen im Juni. Ein ganzes Paket an Kürzungen – von Kindergeldzulagen bis zu Ferientagen – kollidierte wuchtig mit der seit Jahren sinkenden Kaufkraft der Klasse. Bald kursierten in den sozialen Medien Aufrufe zum Widerstand: Ab dem 10. September wolle man «alles blockieren». Sehr schnell entwickelte sich dabei eine Dynamik, die in Quantität und Qualität weit über den Auslöser hinausragte. Auffallend selten stand die Rücknahme der Massnahmen oder deren Verhinderung im Parlament im Zentrum. Vielmehr entwickelte sich die Dynamik um den – vorerst vage formulierten – Klassen-Antagonismus, um ein selbstbewusstes und konfrontatives «alles oder nichts». Sie stellte sich selbst in die Kontinuität der grossen Schlachten von Gilets Jaunes (2018/19) und Rentenreform (2023), bezog Kraft aus ihren Erfolgen und Strassen-Schläue aus ihren Niederlagen. Als die bürgerlichen Politiker_innen im August von der sich abzeichnenden Bewegung aufgeschreckt werden, ist diese bereits gefestigt und zunehmend nicht mehr nur in flüchtigen Telegram-Gruppen organisiert. Unter starker Beteiligung der antikapitalistischen Linken sowie der Kerne vergangener Bewegungen trifft sie sich vielmehr in übers ganze Land verteilten Plenarversammlungen in Quartieren, Schulen und Betrieben. Alle Dämonisierungen der bürgerlichen Medien (wahlweise als abgehängte Nazis oder arrogante linke Studis) helfen nichts, Ende August unterstützen Dreiviertel der Bevölkerung die Bewegung und der herrschende Block gerät zunehmend in Panik, nimmt Teile der Sozialreform zurück und entlässt kurzerhand das Kabinett.

Dieser herrschende Block Frankreichs befindet sich seit rund 10 Jahren in einer existenziellen Krise. Angetrieben von der Verwertungskrise des Kapitals und widerstreitenden Kapitalinteressen, was die Stellung Frankreichs in der imperialistischen Weltarena angeht, entwickelt sich eine



«Einschnitte beim Budget vs Schnitte bei den Regierenden...»

tiefe Repräsentationskrise. Die sozialdemokratische Regierung Hollande (2012-2017), nach der Finanzkrise angetreten, um der sozialkorporatistischen Herrschaftsvermittlung wieder neues Leben einzuhauen, schafft es – nicht zuletzt wegen der starken gewerkschaftlichen und studentischen Gegenwehr auf der Strasse – nicht, ihr neoliberales Programm umzusetzen. Sie reagiert darauf und auf die zunehmende Bedrohung durch national-konservative Kräfte um den Rassemblement National mit der Ausrufung des Ausnahmezustands und dem Portieren des Ex-Bankers Emmanuel Macron als starken Mann. Unbelastet von den abgewirtschafteten Repräsentations-Parteien soll dieser, erst als Finanzminister, dann als Präsident, technokratisch-autoritär die neoliberale Alternativlosigkeit durchsetzen. Traumkind europäischer Grossmachtphantasien und des forcierten Klassenkampfs von oben, regiert Macron seit 8 Jahren im Wesentlichen durch Polizei, Präsidialdekrete und das periodische Beschwören einer «republikanischen Front» gegen Rechtsaußen. In geradezu klassischer Weise beraubt er sich dabei mit jeder Krisenintervention des Fundaments für weitere Kriseninterventionen, ist gezwungen die Institutionen des Staates, dem er vorsteht, zunehmend auszuhöhlen.

... für die Revolution

Mit der Repräsentationskrise ist Frankreich nicht alleine. Was den Fall Frankreich im europäischen Vergleich besonders macht, ist das Vorhandensein einer lebendigen Kampftradition der Beherrschten. Es ist mitnichten so, dass das französische Proletariat seit der Pariser Kommune alle Schlachten gewonnen hätte. Die Einsicht aber, dass die Politik ein Kräfteverhältnis ist, dass man entweder genü-

gend stark ist, seinen eigenen Willen durchzusetzen, oder die andere Seite stark genug, umgekehrt ihr Programm zu verwirklichen, ist tief im kollektiven Bewusstsein verankert. Diese Ausgangslage bietet einer revolutionären Linken spannende Interventionsmöglichkeiten.

Keine Frage, im September stand die Hülle der sogenannten 5. Republik kurz vor dem Kollaps, der König war nackt. Keine Frage aber auch, dass es nicht gelungen ist, diese Krise der Ordnung in eine revolutionäre Krise zu überführen. Die noch junge Bewegung hat es in der Zange aus blutigem Bullen-Terror und reformistischer Kanalisation nicht verstanden, sich einen eigenen Rhythmus zu geben, ihre organisierten Kerne vermochten keine glaubhafte Steigerung zu verankern. Während der Parti Socialiste offen zum Macronismus konvertiert ist, haben die Führungen der grossen Gewerkschaften zusammen mit Melanchons La France Insoumise die freigewordene objektive Funktion der Sozialdemokratie erfüllt und die Bewegung in eine abwartend-defensive Selbstentwaffnung gedrängt und sie schliesslich zurück in eine reine Zuschauer_innen-Rolle gestossen.

Zum Preis, dass er diesen erneut ein Stück destabilisieren musste, sitzt Macron wieder auf seinem Thron und es wurde ein Budget beschlossen, das erstmals seit dem 2. Weltkrieg wieder mehr fürs Militär ausgibt als für die Bildung. Der König wurde nicht geköpft. Aber der Kampftradition wurde ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Insbesondere gewann die revolutionäre Linke weitere wertvolle Einsichten in die taktischen und strategischen Herausforderungen ihrer Intervention in eine soziale Explosion. Dass sie diese bald im nächsten Anlauf wird testen können scheint gewiss – dafür sorgt die krisenhafte Perspektivlosigkeit des Staates selbst.

AHV

Ein Jahr Arbeit für die Kriegstüchtigkeit der Schweiz

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung sprachen wir über die Idee des Militärkeynesianismus. Einen unerwarteten Verbündeten erhält dieser in Form des Militärliberalismus. Eine Polemik gegen (neo-)liberale Angriffe auf unser Leben im Namen der Aufrüstung.

(az) Feiertage haben es bei Wirtschaftsexpert_innen aktuell schwer. Jüngst forderte die Chefin eines deutschen Industrieunternehmens die Abschaffung des Ostermontags. Wenige Tage später ergänzte der Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft: Nicht ein, sondern gleich drei Feiertage müssten weg, wolle man in Deutschland konkurrenzfähig bleiben. In der Schweiz wirken solche Meinungen für einmal provinziell, denn hier denkt man längst grösser. Dem neoliberalen Thinktank Avenir Suisse reicht es nicht, ein paar freie Tage zu opfern. Gleich ein ganzes Jahr sollen wir künftig länger arbeiten.

Zur «Finanzierung unserer Verteidigungsfähigkeit», wie es in einem im Dezember publizierten Beitrag heisst, soll nämlich das Rentenalter von 65 auf 66 Jahre erhöht werden. Das würde die AHV um 2 Milliarden Franken entlasten. Dieses Geld kommt jedoch nicht der AHV zugute. Gemäss Vorschlag fliesst es stattdessen zum Bund, der seinen AHV-Beitrag kürzen und die freigeschauften Gelder für Aufrüstung ausgeben kann. Damit wird die Jahr für Jahr wiederholte Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit mit militaristischem Pathos neu verpackt: Aus der Streichung von Feiertagen wird der Angriff auf unser Rentenalter und aus Sozialabbau nationale Pflicht in Zeiten von Krieg und Krise.

Sachzwang frisst Menschenfleisch

Avenir Suisse ist ein neoliberaler Thinktank. Er ist aber auch eine gut geölte PR-Maschinerie, die selbst die dreisten Forderungen in euphemistische Umschreibungen zu verpacken weiss. So ist im Plädoyer für das «Sicherheitsjahr» in der Privatwirtschaft von der Mehrarbeit selbst nicht oft die Rede. Auch das Rentenalter spricht man im Beitrag nur selten direkt an. Stattdessen spricht man von «Generationengerechtigkeit» und einem «solidarischen Beitrag» für die «Wehrfähigkeit» der Schweiz. Jeder leistet seinen Dienst für die Nation, so predigt die Herrschaft. Und wer das Militäralter bereits hinter sich hat? Der dient eben «nicht in Uniform, sondern durch einen späteren Renteneintritt». Wem der Patriotismus dabei nicht ausreicht, dem serviert man noch eine Prise finanzpolitischer Sachzwänge. Nur die längere Lebensarbeitszeit schaffe «nachhaltige Lösungen der strukturellen Ausgabenprobleme». Als hätten wir es hier mit einer Art Naturgesetz zu tun und nicht mit dem politischen Entscheid, dass die Renten systematisch unterfinanziert wer-



Immer ein Besuch wert: Avenir Suisse am 1. Mai 2020 (aufbau.org)

den. Dass Avenir Suisse all das auch noch mit dem kollektiven Aufbrauchen der «Friedensdividende» verkauft, ist ein weiterer Gipfel der Frechheit, wenn gleich vielleicht auch ehrlich: In diesem System soll auch noch durch Arbeitsleistung bezahlt werden, will man nicht als Kanonenfutter an der Front sterben.

Der Staatsbürger als Soldat, der Soldat als Arbeiter

Die Forderungen der Avenir Suisse reihen sich ein in eine Reihe ähnlich lautender Vorschläge liberaler Denkfabriken, Wirtschaftsexpert_innen und Unternehmer_innen aus dem deutschsprachigen Raum. Andere forderten in den letzten Monaten wahlweise die Kürzung von Rentenbeiträgen, ein «soziales Pflichtjahr» für Rentnerinnen, die Erhöhung des Rentenalters speziell für Akademiker_innen, dass «ältere Generationen länger arbeiten oder mehr verzichten», oder eben die Streichung von Feiertagen. Diesem Irrsinn ist abseits des Angriffes auf die Renten eines gemein: Er beschwört immer wieder ein klassenloses nationales Wir, das gerade in Zeiten der Krise zusammenhalten müsse. «Wir müssen uns wieder kollektiv anstrengen», so lautet beispielhaft hierfür die lehrmeisterliche Ermahnung jener zu Beginn erwähnten Chefin, die mit Blick auf die Arbeitszeit in Ländern, wo noch mit ausreichend Hingabe geschuftet wird, für das Ende des Ostermontags plädiert. Wir als arbeitende Klasse haben euch erst reich

gemacht, und jetzt wollt ihr noch mehr vom Kuchen? Das ist ganz schön dreist!

Material für weitere Polemik gäbe es genügend. Doch längst nicht jede der provokanten Forderungen mündet in tatsächlichen Klassenkampf von oben. Zumal es gerade in der Schweiz mit der erkämpften 13. AHV-Rente auch gegenteilige Entwicklungen gibt. Aber die liberalen Kräfte meinen es durchaus ernst. Aufrüstung und Patriotismus werden für sie zur Grundlage einer Mobilmachung neoliberalen Zuschnitts, und zwar in doppelter Hinsicht. Es geht nicht nur darum, die Ware Arbeitskraft zu mobilisieren, und sie hierfür länger und reibungsloser auszubeuten, auch die Ware Staatsbürger soll aktiviert werden, um im Ernstfall als Kanonenfutter an der Front zu verrecken. Gerade die Verschmelzung beider Mobilisierungsformen macht die herrschende Aufrüstungsfantasie auch für jene liberale Ideologen verführerisch, die ansonsten dem Staat und dem Drang nach mehr Planung und industrie-politischer Aufrüstung mit Skepsis begegnen. Um nochmals auf den Vorschlag von Avenir Suisse zurückzukommen, ist die Rechnung nämlich so einfach wie zynisch: Wer ein Jahr länger arbeiten soll, dem verkauft man das Ganze mit der schwierigen Lage der Nation. Patriotismus wird zum dreiköpfigen Klebmittel, der die Ausbeutung an der wirtschaftlichen Front zusammenhält. Anders als von Avenir Suisse als solidarischer Vorschlag beworben, profitiert real nur jemand davon. Denn der Mehrwert, der im zusätzlichen Arbeitsjahr entsteht, landet beim Kapital, während der bürgerliche Staat im Sinne der geforderten Sparpolitik ein wenig Ausgaben einsparen kann.

Für eine dauernde Kriegsmüdigkeit

Man darf durchaus realistisch sein: Die eigentliche Gefahr liegt gegenwärtig nicht in den dreisten Forderungen liberaler Programme, sondern in der schlechenden Normalisierung von Aufrüstungsfantasien, die durch Politik und Medien getragen werden wie selbstverständliche Wahrheiten. In diesem Klima verkauft man auch die absurdesten Forderungen als ernsthafte Debattenbeiträge, weil man überall denselben vermeintlichen Sachzwang der militärischen Hochrüstung teilt. Das ist freilich nicht neu. «Phrasen stehen auf zwei Beinen – Menschen behielten nur eines», so schrieb es einst der österreichische Satiriker Karl Kraus im Vorwort seines zwischen 1915 und 1922 geschriebenen Dramas «Die letzten Tage der Menschheit». Anlässlich des Ersten Weltkrieges zielte er damit auf die tragische Verbindung zwischen der in Medien verbreiteten Kriegsrhetorik und der brutalen Konsequenz für jene Menschen, die dann tatsächlich im Krieg landen. Diese Phrasen marschieren heute wieder durch Medien und Politik. Deswegen ist Kraus auch in einem zweiten Punkt zu folgen. In einer späteren Glosse bezeichnete er «Kriegsmüde» als das «dümmlste von allen Worten», denn: «Kriegsmüde hat man immer zu sein, das heisst nicht nachdem, sondern ehe man den Krieg begonnen hat.» Diese präventive Kriegsmüdigkeit brauchen wir, auch damit die im Kern stets menschenfeindliche Debatten über unterschiedliche Beitragsmöglichkeiten für die nationale Kriegstüchtigkeit gar nicht erst aufkommen.



Demo gegen Krieg und Aufrüstung in Köln während der Rheinmetall-Entwaffnen Aktionstage 2025.

WEF 2026

Klaus Schwabs Schwanengesang

Vom 19. bis 23. Januar 2026 findet das World Economic Forum (WEF) in Davos unter dem Motto «im Geiste des Dialogs» ohne Gründer Klaus Schwab an der Spitze statt. Grund genug, zurückzublicken. Mit BlackRock übernimmt ein neuer Akteur, um die Konzentration des Kapitals voranzutreiben.

(gpw) Opportunismus gehört zur DNA des WEF. Der (bei Redaktionsschluss) sich abzeichnende Bückling vor Trump wäre allerdings rekordverdächtig. Als Bedingung, dass der «König» seine Aufwartung macht, sollen Themen wie Geschlechtervielfalt, Klimawandel und Entwicklungsförderung vom Programm gestrichen oder in eine Schmuddelecke gestellt werden. Wie die Story ausgehen wird, werden wir in Davos erleben. Sicher ist, dass Klaus Schwab nicht mehr von ganz oben grüßen wird.

Schwab organisierte in Davos das erste Treffen unter dem Namen European Management Symposium (geändert 1987 in World Economic Forum) zwischen dem 24. Januar bis 7. Februar 1971. Er konnte nebst Exponenten wichtiger europäischer Unternehmungen, Dozenten führenden Business Schools der USA und Europa und Vertreter_innen von EU-Kommissionen, insbesondere auf die Unterstützung der Harvard Absolventen Kenneth Galbraith (Ökonom), Henry Kissinger (Politstrateg und Kriegstreiber) und Hermann Kahn (Nuklearstrateg) zählen. Sie waren mit der Finanzelite der USA bestens vernetzt, welche stärkeren Einfluss auf Europa nehmen wollte. Das WEF als globale Vernetzungsstruktur, Kaderschmiede (Forum der Young Global Leaders) und Think-tank (Berichte über die globale Wettbewerbsfähigkeit) für die internationale kapitalistische Elite war geboren. Dass auch Nazigrößen wie Wernher von Braun (Raketeningenieur und SS-Sturmbannführer) oder Kriegsverbrecher Hermann Josef Abs (Aufsichtsrat der IG-Farben) prominent Redeteil bekamen, störte nicht. Die 1970er Jahre waren Zeiten des Umbruchs. Die Nachkriegszeit mit genügend Investitionsmöglichkeiten für das Kapital war zu Ende, die Kapitalüberproduktionskrise übernahm das Zepter. Zusätzlich wurde 1973 die Bindung der Wechselkurse an den US-Dollar aufgegeben. Diese Entwicklungen dürfte die US-Finanzelite bewogen haben, stärkeren Einfluss auf die europäische Wirtschaft ausüben zu wollen.

Aufstieg des Neoliberalismus

Die Exponent_innen des Kapitals reagierten auf die Kapitalüberproduktionskrise mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik: Deregulierung, Liberalisierung und Globalisierung. Schwab setzte sich scheinbar vom neoliberalen Konzept und der Friedman-Doktrin des Kapitalismus der Aktionäre ab und prägte den Begriff «Kapitalismus der Anspruchsberechtigten (stakeholder capitalism)». Der Profitmaximierung setzte er seine idealistische Vision entgegen, dass es auch um das Wohl der gesamten Gesellschaft (Arbeiter_innen, Kund_innen, Regierungen) und den Schutz der Umwelt gehe. Als geschickter Schachzug nehmen am WEF deshalb Kulturschaffende, Natur- und Sozialwissenschaftler_innen teil. Sie sollen dem Treffen den Anschein der Sozialverträglichkeit geben und die Legitimationskraft des imperialistischen Kapitals für ihre Plattform der Selbstdarstellung erhöhen.

Die Grenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und das geostrategische Wirken der Regierungen begrenzt allerdings auch die Wirksamkeit des WEF. Schwabs Ideen sind nichts weiter als ein Bekenntnis zum Kapitalismus



Seattle 1999: Protest mit über 50000 Personen gegen die globale Weltordnung der Elite

unter den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen, verbunden mit einem wirkungslosen Appell an das Gewissen der Mächtigen, die sich mit dem Verweis auf äussere wirtschaftliche und politische Sachzwänge reinzuwaschen pflegen. Eine Verbesserungen der Lebensbedingungen oder der Schutz der Umwelt mithilfe des WEF zu behaupten, ist verlogen.

Gehilfe des Klassenkampfs von oben

Klaus Schwab und sein WEF besaßen die Fähigkeit, technologische und politische Entwicklungen frühzeitig zu sehen und die Elite der verschiedensten Regionen einzubinden. So lud er beispielsweise Deng Xiaoping 1979 umgehend nach Davos ein, als sich 1978 in China eine Lockerung der zentralistischen Planwirtschaft abzeichnete. Als sich mit der Geburt der ersten IT-Giganten die Digitalisierung und der Kampf um die Herrschaft über die Daten zu entwickeln begann, führte dies ab 1985 zu ersten Treffen der Telekommunikationskonzerne mit der Industrie. Um die Jahrhundertwende wurde an einem Treffen des WEF die Globale Allianz für Impfung und Immunisierung (GAVI) gegründet. Beteiligt waren die WHO, UNICEF, die Weltbank und die Bill und Melinda Gates Stiftung. Ziel war eine für Konsument_innen wenig nützliche Verknüpfung von Gesundheits- und Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Pharmaindustrie (Absicherung gegen Verluste bei der Impfstoffentwicklung, Unterstützung der politischen und wirtschaftlich orientierten Datensammler_innen).

Unter Patron Klaus Schwab spielten alle Formen von Kapital eine wichtige Rolle: Das produktive Kapital, wie auch das Handels- und das zinstragende Kapital (internationales Bankensystem) und in allen Bereichen die Top-Manager_innen. Ohne Skrupel wurden die von den Imperialist_innen ausgetragenen (Stellvertreter_innen) Kriege kritiklos unterstützt, etwa als der dritte Golfkrieg mit der Lüge begann, dass Irak Massenvernichtungswaffen besäße. Schwab nutzte die Spannungen, um unter dem zynischen Motto, dass Wachstum zur Linderung der Armut beitrage, internationalen Players eine Plattform für zukünftige lukrative Abkommen in den zerbombten Regionen zu bieten.

Spätestens ab der Finanzkrise 2008 trat offen zu Tage, dass das neoliberale System keine Zukunft hat. Die

Geld- und Zinspolitik als Instrument der Wirtschaftslenkung hat versagt. Allein in den USA wurden 19.2 Billionen Vermögen vernichtet, etwa das 25-fache des jährlichen Schweizer Inlandsprodukts. Zentralbanken mussten in das deregulierte System eingreifen, Leitzinsen senken und neues Geld auf den Markt werfen. Die Kommunikation des WEF zielte unter dem Slogan der globalen Umgestaltung nun darauf ab, die Kürzungen der Regierungen bei den Sozialausgaben im eigenen Land und der Unterstützung von Schwellenländern zu legitimieren. Dem drohenden Kontrollverlust der Mächtigen aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung (Griechenland, arabischer Frühling) sollte entgegengewirkt werden. Innerhalb kurzer Zeit entstand zu diesem Zweck ein Netzwerk lokaler Knotenpunkte für die Vernetzung aufstrebender Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik. In den letzten Jahren traten die Umwälzungen durch die COVID-19 Krise, die vierte Industrielle Revolution und die Klimakrise in den Vordergrund. Schwab trat 2020 mit seiner Vision des grossen Umbruchs an die Öffentlichkeit. Er nahm die Gesundheitskrise zum Anlass, um über eine Neugestaltung der Welt nachzudenken, welchen den globalen Eliten ihre Macht erhalten soll, sei es durch die Einführung einer digitalen Zentralbankwährung oder durch eine Monopolstellung über die Welt der Daten und des Finanzsystems.

WEF: Next Generation

Schwab agierte für die global herrschende Elite, ohne eine spezielle Branche oder Unternehmung zu repräsentieren. Das ändert sich nach seinem Abgang. Interimistisch übernimmt mit BlackRock das fiktive Kapital, das infolge der unumkehrbaren Kapitalüberproduktionskrise wächst und wächst, die Vorherrschaft. Larry Fink, Gründer und CEO dieses Vermögensverwaltungsgiganten, wurde bereits 2019 in das Führungsgremium des WEF gerufen. Im Gegensatz dazu hat sich Roche bis heute zum WEF auf Distanz gehalten. Nun übernimmt André Hofmann als interimistischer Co-Präsident nebst Fink zwar scheinbar die Vertretung des produktiven Kapitals, aber als Person vertritt er nicht das Unternehmertum resp. das Management des Pharmakonzerns, sondern den Shareholder Value, die dünne herrschende Schicht der Nicht-Arbeiter_innen, die vom Mehrwert leben, den die Arbeiter_innen produzieren. Wie weit er eine einflussreiche Rolle spielen kann, bleibt abzuwarten.

Das WEF ist nicht die einzige globale Konferenzorganisation, bleibt jedoch bis jetzt als skrupelloses Netzwerk für die globalen Elite von Wirtschaft und Politik speziell. Solange alle wichtigen Players das Netzwerk und seinen diversen Institutionen für die Umsetzung ihrer geostrategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen nutzen können, lohnt es sich für diese, dabei zu sein. Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem man sich mit so vielen Spitzenkräften treffen und medienwirksam werden kann. Die Frage bleibt offen, ob die Visionen von Klaus Schwab weiter verfolgt werden. Der Einfluss von BlackRock dürfte bereits jetzt gross sein. Er verfügt mit Aladdin (Netzwerk für Aktiva, Passiv, Anleihen und derivative Anlagen) über ein System zur Datenanalyse für das Risiko- und Investmentmanagement, welches bereits von zahlreichen Grosskonzernen und Zentralbanken genutzt wird. Es wird Larry Fink ein Anliegen sein, seinen Einfluss auszuweiten und für das überproduzierte Kapital neue Profitmöglichkeiten zu finden.



Bern 2019: Widerstand gegen das heuchlerische WEF in Bern

GASTBEITRAG DER STADTGRUPPE

Was passiert in Schwamendingen? Aufwertung und Vertreibung rund um den Ueberlandpark

Anlässlich der Aktionstage zur Wohnkrise im Oktober in Zürich organisierte die Stadtgruppe einen Rundgang zu grüner Gentrifizierung rund um den Ueberlandpark in Schwamendingen. Rund dreissig Personen tauschten sich aus und hinterliessen den Park mit Plakaten gegen Verdrängung verschönert.

(agj & Stadtgruppe) Das Zürcher Quartier Schwamendingen war schon immer ein Zuhause des Proletariats. Hier leben Menschen, die trotz viel Arbeit wenig verdienen, viele Kinder und Jugendliche, viele migrantisierte Familien, viele alleinerziehende Eltern. In den 1950er und 1960er-Jahren wurde das Quartier als Gartenstadt für Arbeiter_innenfamilien der Oerlikoner Industriebetriebe gebaut. Innert kurzer Zeit wuchs die Bevölkerung von 3000 auf 30'000. Seit den 1990er-Jahren bot das Quartier zahlreichen Menschen, die durch die Aufwertung aus den Kreisen 3, 4 und 5 vertrieben wurden, ein neues Zuhause. In Schwamendingen ist 50% des Wohnungsbestands genossenschaftlich. Die Mieten und Bodenpreise sind die günstigsten in der Stadt Zürich.

Ab Mitte der 1970er-Jahre wurde gegen den grossen Widerstand der Bevölkerung die Autobahn A1 zwischen Zürich und Winterthur mitten durch Schwamendingen gebaut und zerschnitt das Quartier. Mit 120'000 Fahrzeugen pro Tag wurden Abgas- und Lärmgrenzwerte von Anfang an Ueberschritten. Mit zahllosen Initiativen und Aktionen wehrte sich die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten gegen die Autobahn und für bessere Lebensqualität.

Vom vergessenen Quartier zum grünen Prestigeprojekt

Lange Zeit interessierten sich weder die Zürcher Stadtregierung noch kapitalistische Investor_innen für Schwamendingen. Erst die steigenden Bodenpreise in der Stadt lenkten den Blick auf die Peripherie. Die Stadt Zürich entwickelte 2005 ein städtebauliches Leitbild. Das Quartier sollte für Investitionen attraktiver werden. Als Kerngebiet der neuen Glatttalstadt zwischen Glattbrugg, Dübendorf und Stettbach sollte Schwamendingen zu einem modernen Stadtquartier umgestaltet werden, mit zeitgenössischen Neubauten, mehr privaten Aussenräumen und neuen Zentren für Dienstleistung und Konsum.

Stadt und Kanton Zürich lancierten zusammen mit dem Bund ein Projekt zur Einhausung der Autobahn A1. Es diente nicht nur dem Lärm- und Abgasschutz, sondern auch der städtebaulichen Aufwertung. 2019 begann der Bau des Autobahndeckels. Ein 900 Meter langer und 30 Meter breiter Park Ueber der Autobahn sollte das zerschnittene Quartier wieder verbinden und neue Bewohner_innen anziehen. Damit fiel der Startschuss für die Aufwertung von Schwamendingen. Bei der Eröffnung des Ueberlandparks Anfang Mai 2025 liess sich sogar Bundesrat Rösti von der Presse vor dem «Jahrhundertbauwerk» feiern. In der Nacht zuvor wurden sämtliche kritischen Plakate und Bilder rund um den Park entfernt.

Die Stadt Zürich preist die Einhausung der Autobahn A1 und den Ueberlandpark als Stadtreparatur und grünes Vorzeigeprojekt. Gleichzeitig prognostiziert der Sozialbericht Ueberlandpark von 2019, dass die Neubauten vor allem besserverdienende und bildungsnahe Haushalte anziehen und günstiger Wohnraum verschwindet. Ein grosser Teil der ärmeren proletarischen Bevölkerung wird verdrängt. Ueber 60% der Bewohner_innen, die wegen eines Ersatzneubaus gekündet werden, finden im Quartier keine Wohnung mehr. Am neuen Wohnort müssen sie mehr Miete bezahlen und dafür mehr arbeiten. Soziale Netze zerreißen, Kinder müssen die Schule wechseln, Arbeitswege werden länger, Freizeit und Lebensqualität nehmen ab. Diese Entwicklung war bekannt und politisch angestrebt.

Die Rolle der Wohnbaugenossenschaften in der Gentrifizierung

Die Zürcher Stadtregierung argumentiert scheinheilig, die hohe Dichte an Wohnbaugenossenschaften würde in Schwamendingen eine grössere Verdrängung der Bewohner_innen verhindern. Uns (aber auch der Studie des Regionalverbands der Zürcher Wohnbaugenossenschaften von 2019) ist jedoch bewusst, dass in Wohnbaugenossenschaften zu einem grossen Teil nicht diejenigen Menschen wohnen, die günstigen Wohnraum am dringendsten brauchen. Nur rund 5% der Genossenschaftswohnungen in der Stadt Zürich sind subventioniert, städtische Wohnungen hingegen zu 30%. Der Zugang zu Genossenschaftswohnungen setzt Anteilscheine voraus und damit ein gewisses Einkom-



Kämpferischer Abschluss des Rundgangs im Ueberlandpark in Zürich-Schwamendingen am 24.10.2025

men und Knowhow. Nur etwa 20% der Bewohner_innen von Wohnbaugenossenschaften besitzt keinen Schweizer Pass, deutlich weniger als der städtische Durchschnitt von 32%. Zwar bremsen Wohnbaugenossenschaften die Bodenpreise, doch bieten sie keinen wirksamen Schutz für alle. Steigen die Mieten in Wohnbaugenossenschaften wegen Ersatzneubauten, trifft dies die ärmsten und vulnerabelsten ihrer Bewohner_innen als erstes.

Die Rolle der Wohnbaugenossenschaften bei der Stadtentwicklung und als Akteurinnen im Zürcher Wohnungsmarkt ist bedeutend. Die Stadt Zürich Ueberlässt den sogenannt gemeinnützigen Wohnungsbau mehrheitlich ihnen und macht dazu kaum Vorgaben. Die Verdichtungsstrategie mittels Ersatzneubauten mit geräumigen Wohnungen im gehobenen Ausbaustandard in den Zürcher Aussenquartieren, welche die Wohnbaugenossenschaften in den letzten zwanzig Jahren radikal fahren, trägt massgeblich zur kapitalistischen Stadtaufwertung bei.

Konkrete Aufwertungsprojekte rund um den Ueberlandpark

Vier der sechs direkt an den Ueberlandpark angrenzenden Wohnbaugenossenschaften sowie ein privater Investor haben bereits grosse konkrete Baupläne. Alle Häuser aus den 1940er bis 1960er-Jahren mit günstigem Wohnraum werden in den nächsten Jahren abgerissen oder sind schon weg. Der Gestaltungsplan der Stadt Zürich sieht vor, dass neue Gebäude quer zum Park gebaut werden müssen und bei einer Passerelle zum Park bis sieben Geschosse hoch gebaut werden darf. Keinerlei Vorgaben macht die Stadt hingegen für subventionierte Wohnungen.

Bereits zu Beginn der Einhausung der Autobahn A1 hat die Baugenossenschaft Süd-Ost die Siedlung Tulpenweg mit 80 günstigen Wohnungen abgerissen. Mit der Eröffnung des Ueberlandparks erstellt sie den Ersatzneubau «Caprese» mit 165 Wohnungen. Die provisorischen Mietpreise liegen rund ein Drittel über den bisherigen Mietpreisen. Auch die angrenzenden Siedlungen «Ueberlandstrasse» und «Luegisland» mit Ueber 80 günstigen Wohnungen werden in den nächsten zehn Jahren saniert bzw. ersetzt.

Angezählt sind auch die Siedlungen Neuwiesen I-III sowie alle Häuser an der Wallisellenstrasse 420 bis 480. Die ASIG Wohnbaugenossenschaft plant bis 2037 die komplette Umwandlung des Dreispitzareals. Am Ueberlandpark erstellt sie zusammen mit der Aktiengesellschaft Habitat 8000 AG die Ersatzneubausiedlung «Am Ueberlandpark» mit rund 350 Wohnungen. Die Baugenossenschaft Glattal Zürich plant für 2029 den Ersatzneubau «Kranich» mit 158 Wohnungen. Zu den Mietpreisen gibt es für beide Projekte keine Informationen.

Die Walter Schmid & Co AG, ein schweizweit tätiger privater Immobilieninvestor, baut in Zusammenarbeit mit dem UTO Real Estate Management bis 2026 auf dem ehemaligen Werkgelände der AMAG Automobil- und Motoren AG das Projekt «Uebergärten» mit 226 Mietwohnungen

im Hochpreissegment. Ab 2010 hatte die Stadt Zürich die leeren AMAG-Werkhallen gemietet, für 4 Millionen Franken renoviert und zur Zwischennutzung unvermietet, um Besetzungen zu verhindern. Die Evaluation erstellte das Büro Fischer Liegenschaften Management von Steff Fischer. 50% der Einnahmen aus der Zwischennutzung gingen an die AMAG AG.

Wir bleiben alle

Der Ueberlandpark wirkt als Katalysator der Gentrifizierung. Er steht für eine Politik, die vorgeblich ökologische Anliegen so angeht, dass reichere Bevölkerungsgruppen von einer grünen Aufwertung profitieren. Die Wohnbaugenossenschaften tragen die Entwicklung mit. Parks, Velowegen und energieeffiziente Siedlungen mit fantasievollen Namen und originell begrünten Aussenräumen entstehen. Die Einhausung der Autobahn A1 in Schwamendingen ist grüne Gentrifizierung in Reinform. Unter dem Deckmantel ökologischer Nachhaltigkeit erzielt die besitzende Klasse riesige Profite. Gleichzeitig werden diejenigen Menschen verdrängt, welche jahrelang neben der Autobahn gelebt, unter Lärm und Abgasen gelitten und für mehr Lebensqualität gekämpft haben. Damit Schwamendingen das Zuhause des Proletariats bleibt, müssen wir weiterkämpfen.

Wer ist die Stadtgruppe

Die Stadtgruppe ist ein Zusammenschluss von Menschen aus verschiedenen Ecken der linken Widerstandsbewegung in Zürich. Sie trifft sich regelmässig, um sich gegen kapitalistische Stadtentwicklung zu wehren. Sie diskutiert, recherchiert, plant Aktionen, organisiert Veranstaltungen und Demonstrationen und vernetzt sich mit anderen. Angesichts der Rasanz und Dimension der kapitalistischen Stadtentwicklung ist es höchste Zeit, sich diesem Thema mit der gebotenen Ernsthaftigkeit anzunehmen – kollektiv, kreativ, konsequent und radikal.

www.wir-bleiben-alle.ch gentrikong@tracciabi.li
Instagram: @stadtgruppe_wirbleibenalle



ROJAVA

Berxwedan jiyan! Widerstand ist Leben!



Revolution in Kobane.

Im Sommer 2025 reisten wir als Teil einer internationalistischen Delegation nach Rojava. Im folgenden möchten wir euch Eindrücke und Überlegungen zur aktuellen Situation vermitteln.

(agfk) Der 18. Juli 2025: Wir besuchen die Feier zum 13. Jahrestag der Revolution in Kobanê, einer Stadt mit besonderer Bedeutung. So gehörten ihre Bewohner_innen zu den Ersten, die sich 2012 im Schatten des syrischen Bürgerkrieges bewaffneten und ihre Autonomie ausriefen. Was dann passiert ist, ist uns allen bekannt. Rojava ist nun, zumindest in der linken Bewegung, weltweit ein starker Bezugspunkt und eine Inspiration. Dem internationalistischen Charakter der Bewegung ist es zu verdanken, dass wir einen Monat lang durch ganz Rojava reisen konnten. Wir haben vieles erlebt und erfahren, was wir unbedingt weitergeben wollen, sei es in Form von Berichten und Arbeiten oder in unserer eigenen politischen Praxis hier in Europa.

Warum wir hier sind, und was wir zurück nach Europa tragen werden, waren wohl die am häufigsten gestellten Fragen unserer Genoss_innen aus Rojava. Diese Fragen zeigen, wie das dialektische Verständnis des Internationalismus in Kurdistan gelebt wird. Konkret geht es darum, die Revolution in Rojava zu unterstützen, indem wir den revolutionären Prozess in unserem eigenen Land weiter vorantreiben. Dies ist auch ihre Antwort auf die häufig gestellte Frage, wie wir als Internationalist_innen die Revolution unterstützen können. (Dabei möchten wir natürlich noch auf die Gasmasken-Kampagne und die Drones4Rojava Kampagne aufmerksam machen, die die Revolution mit lebenswichtiger Ausrüstung versorgt.) In diesem Bericht wollen wir einen kurzen Abriss der politischen Ereignisse der letzten Monate in Rojava geben und den Umgang damit skizzieren, so wie wir ihn vor Ort miterlebt haben.

Wir stehen also in Kobanê, um uns wird getanzt und gefeiert. Aber die Zeit ist vor allem geprägt von politischen Diskussionen über die Zukunft von Rojava und ganz Syrien. Es scheint, als stünde die Revolution wieder an einem Scheide-

weg. Im November 2024 übernimmt die islamistische HTS überraschend die Macht in Damaskus. Das syrische Folterregime von Bashar al-Assad, welches die Revolution mehr oder weniger tolerierte, flüchtet ausser Land. Der Sturz des Regimes wird gefeiert, doch schnell macht sich die Unsicherheit über die Zukunft der Selbstverwaltung im neuen Syrien breit. Diese Unsicherheit ist keine Neuheit, vor allem nicht in einer Zeit, in der sich die imperialistischen Mächte auf einen erneuten grossen Krieg vorbereiten und im Mittleren Osten um Einfluss ringen. Diese unsichere Situation erleben wir auf unserer ganzen Reise. Wir haben Glück, es bleibt weitestgehend sicher, wir können herumfahren, viel sehen und diskutieren.

Friedensverhandlungen – was bedeutet dies für Rojava?

Nach drei Jahren ohne Lebenszeichen meldet sich im Frühling 2025 der Mitbegründer und Anführer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, aus der Isolation auf der Gefängnisinsel Imrali. Er plädiert für die Auflösung der PKK und die Niederlegung des bewaffneten Kampfes der Gerila in den Bergen Kurdistans. Dieser Vorschlag soll einen Demokratisierungsprozess in der Türkei voranbringen. Am elften Juli werden in Sulemania unter grossem Presseaufgebot, symbolisch Waffen verbrannt. In der Linken in Europa wird dieser Aufruf kontrovers diskutiert. Die Unsicherheit, was dies für Rojava und was es für unsere Solidarität bedeutet, ist gross. In einem Interview versichern Mazlum Abdi und Rohilat Efrin jedoch, dass die Waffen in Rojava auf keinen Fall niedergelegt werden. Beide sind Kommandant_innen der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) und stecken gerade mitten in Verhandlungen mit der HTS. Dabei geht es ihnen vor allem darum, Zugeständnisse für eher nebensächliche Themen zu machen, um bei wichtigen Themen, wie zum Beispiel den Frauenverteidigungseinheiten, eine klare Linie zu behalten. Die SDF wissen um die teils antagonistischen Widersprüche zwischen ihren politischen

Positionen und der HTS. Diese zeigt sich heute in einem bürgerlichen Gewand, darunter verstecken sich aber weiterhin viele Mitglieder des IS. Der IS wurde vor nicht allzu langer Zeit bitterlich und erfolgreich von den SDF bekämpft. In einer Situation der weltweiten Aufrüstung, dienen die Waffen der Hevals (kurdisch für Genoss_innen) genauso wie ihre ideologischen Überzeugungen zur Selbstverteidigung und Ausweitung von revolutionären Errungenschaften.

Krieg oder Frieden in Syrien

Die Kriegsvorbereitungen intensivieren sich während unserer Zeit in Rojava. Der Krieg ist bis jetzt noch nicht ausgebrochen, es gibt jedoch immer wieder Provokationen und Massaker in Syrien von der HTS und weiterer Gangs, die von der Türkei unterstützt werden. Die Frage des Krieges ist also eher eine Frage der Zeit, als einer die mit ja oder nein zu beantworten ist. Die Kriegsvorbereitungen finden aber eher im Hintergrund statt, oder besser gesagt, im verborgenen Offensichtlichen. Die Bewegung in Rojava hat schon gegen viele unterschiedliche Feinde gekämpft und sich immer an die jeweilige Situation angepasst. Die zahlreichen Tunnelsysteme, durch welche Nahrung, Medizin und Munition an die Kämpfer_innen an der Front gelangen kann, sind ein Ausdruck dieser Geschichte. Gegen die gezielten Drohnenangriffe, die Teil des türkischen Spezialkriegs sind, haben sich auch die Städte ausgerüstet. Über den Strassen sind grosse Blachen gespannt, sodass die Einsicht von oben verunmöglich wird.

Widerstand ist Leben

Der Widerstand ist Teil des alltäglichen Lebens geworden und tief im Bewusstsein der Menschen angelangt. Während der Angriffe auf den Tischrein Damm im vergangenen Winter, sind Tausende jeden Tag dorthin gefahren mit dem Ziel, den Damm und die Genoss_innen an der Front zu verteidigen. Jugendstrukturen, Familien und Musiker_innen, sie alle haben uns von ihrem Widerstand auf dem Damm erzählt. Ihre Narben erzählen die Geschichte der Gefallenen, für deren Ideale und Utopien täglich weitergekämpft wird. Die Bewegung schafft es konkrete Momente linker Ideologie zu leben und sich gleichzeitig an die spezifischen Bedingungen ihrer Umgebung anzupassen. Dabei ist noch nichts vollendet und die revolutionären Errungenschaften müssen gegen außen wie auch gegen innen weiter verteidigt und ausgebaut werden. Nach einem intensiven Monat können wir sagen, dass Rojava nicht widerspruchsfrei ist. Doch genau diese Widersprüche und Schwierigkeiten werden als Motor genutzt, um das Erreichte weiter zu verteidigen. Als Revolutionär_innen in Europa gilt den Hevals unsere Solidarität und unser Vertrauen. Unsere gemeinsamen Feinde stehen im eigenen Land und es gilt auch hier, den Widerstand gegen die kapitalistische Barbarei zu leben.

REPRESSION

FPV-Drohnen und deren zivilen Einsatz

FPV-Drohnen (First Person Viewer) sind aus den neuesten Kriegsszenarien dieser Welt nicht mehr wegzudenken. Doch wie sieht der Drohneneinsatz bei der Polizei aus? Wozu werden Drohnen eingesetzt und inwiefern unterstützen sie taktische Entscheidungen der Einsatzleitung?

(agj) Ab wann die Einsatzleitung der Polizei einen Angriff entscheidet, ist im Nachhinein schwer nachzuvollziehen. Einen genauen Einblick ins Einsatzjournal der Polizei wird meistens vom Justizapparat verhindert und wenn man Einsicht erhält, sind die Einträge grösstenteils geschwärzt. Es ist schwierig, taktische Entschlüsse und deren zugrundeliegende Analyse nachzuvollziehen. Es ist aber klar, dass Drohnen einen wichtigen Beitrag zur Lageeinschätzung leisten. Ein Blick zu den anderen Blaulichtorganisationen im Kanton kann zu einer besseren Einschätzung verhelfen.

Seit 2020 besitzt Schutz und Rettung Zürich zwei Drohnen des Typs DJI Matrice 210 V2, für deren Anschaffung die Stadt Zürich 25'000 Franken berappen musste. Dieses «neuartige Einsatzmittel», wie Schutz und Rettung die Drohne beschreibt, besitzt je eine normale Kamera und eine Wärmebildkamera. Sie ist fester Bestandteil des Pikettfahrzeugs. Einrückungszeit für den Drohnenpilot, von zuhause bis zum Einsatzort, beträgt 30 Minuten. Danach sendet die Drohne sofort Livebilder vom Ereignis. Der Leistungsauftrag sieht vor, dass innert Minuten Bilder und Messdaten geliefert werden sollen. Diese Aufnahmen erscheinen dann direkt auf dem Monitor des Drohnenpilot-Fahrzeugs und standortunabhängig auf zusätzli-



Drohnen im Einsatz für Schutz und Rettung Zürich.

chen Einsatz-Tablets aller Partnerorganisationen. Diese Liveaufnahmen unterstützen den Einsatzleiter bei der Lageeinschätzung und bei taktischen Entschlüssen für die sogenannte Ereignisbewältigung. Die Aufnahmen können auf Live oder Replay umgestellt werden. Dadurch lässt sich sehr schnell eine Verlaufsanalyse des Ereignisses erstellen. Das Einsatzmittel «Drohne» unterstützt aktiv die Lagebeurteilung bei Rapporten oder Absprachen.

Die Piloteneinheit besteht aus einer kleinen Anzahl Personen, welche die Flugsysteme und die gesetzlichen Grundlagen für Fliegen von Drohnen kennen. Dazu gehört auch das sogenannte «Standardszenario STS1 und STS2». Das STS 2 beschreibt Flüge ausserhalb der Sichtweite des Piloten und unter 120 Metern Höhe über dem Boden. Solche FPV-Drohnenflüge werden täglich von den ukrainischen Drohneneinheiten geflogen. Angehende Piloten erfahren zusätzlich eine Einsatzbezogene Ausbildung: wie ist ein Schadensplatz organisiert und wie funktioniert eine Einsatzleitung.

Die Kantonspolizei Zürich verfügt über 80 Drohnen und flog im Jahr 2024 laut SRF 418 Einsätze. Zu diesen Einsätzen gehören nebst dem sogenannten «Crowd Management» auch Personensuchen. Weitere Zahlen liegen angeblich nicht vor. Beim Fotovergleich mit anderen Polizeikorps kann man davon ausgehen, dass die Polizei Zürich dieselben Drohnen benutzt wie Schutz und Rettung Zürich.

Platzbesetzungen und Demonstrationen werden somit gläsern und Drohnen unterstützen beim Entscheid für einen Einsatz von «Zwangsmitteln» (Wasserwerfer, Gummischrot oder Tränengas). Dennoch sind Drohnen keine Superkraft und können die Entschlossenheit einer revolutionären Bewegung nicht brechen. Sie können auch Einsätze verkomplizieren und sind eine weitere Schnittstelle auf dem Terrain, zudem können sie anfällig sein für Sabotage oder Störungen.

CAPITAINE THOMAS SANKARA

«Wir müssen es wagen, die Zukunft neu zu erfinden»

Die Beliebtheit des gegenwärtigen Präsidenten von Burkina Faso Ibrahim Traoré führt dazu, dass Thomas Sankara wieder in aller Munde ist. Sankara zu kennen lohnt sich tatsächlich.

(az) Thomas Sankara war nur von August 1983 bis Oktober 1987 Präsident von Burkina Faso, vier Jahre lang, bis er beseitigt wurde. Der junge, marxistisch geschulte Offizier, hatte durch einen Putsch die neokoloniale Phase nach der «Unabhängigkeit» von Frankreich abrupt beendet und machte sich innert Sekunden zum Intimfeind der ehemaligen Kolonialmacht. Bei den eigenen Leuten hingegen hinterliess Sankara tiefe Spuren und veränderte das Denken.

«Es heisst zwischen Champagner für einige und Trinkwasser für alle wählen.»

Sankara trat an, die Verhältnisse auf allen Ebenen umzuwälzen, das Land seiner Vorfahren aus der neokolonialen Abhängigkeit zu befreien und wieder fruchtbar zu machen, dem Imperialismus die Stirn zu bieten und die Gesellschaft so weit zu ermächtigen, dass sie sich erneuern, wachsen und gedeihen kann. Als die Revolutionäre 1983 in Burkina Faso die Macht übernahmen, war das Land gekennzeichnet von Nahrungsmittelabhängigkeit und Hunger. Obwohl die Mehrheit der Menschen landwirtschaftlich tätig war, mussten Lebensmittel teuer importiert werden, denn die Landschaft war im Begriff zu versteppen, es drohte die ökologische Katastrophe durch Verwüstung und Wasserknappheit. Mit äusserst geringen Mitteln, dafür mit der Arbeitskraft grosser Teile der Bevölkerung, einem riesigen Selbstvertrauen und einer grossen Portion revolutionärem Optimismus, gingen sie die Arbeit an. Ein «grüner Plan», der zum Anpflanzen von geschätzten 10 Millionen Bäumen führte, wurde umgesetzt. So war es der Bevölkerung möglich, ihre Arbeit als Teil eines grossen Ganzen zu sehen, am Kampf gegen den Imperialismus und für die eigene Zukunft teilzunehmen, was für jene, die bisher nur Verachtung und Erniedrigung erlebt hatten, ein unfassbares Erlebnis gewesen sein muss. Nebenbei haben die Revolutionär_innen bewiesen, dass auch schon in den 80er Jahren klar war, dass der Kampf gegen die Klimakatastrophe existenziell und politisch ist.

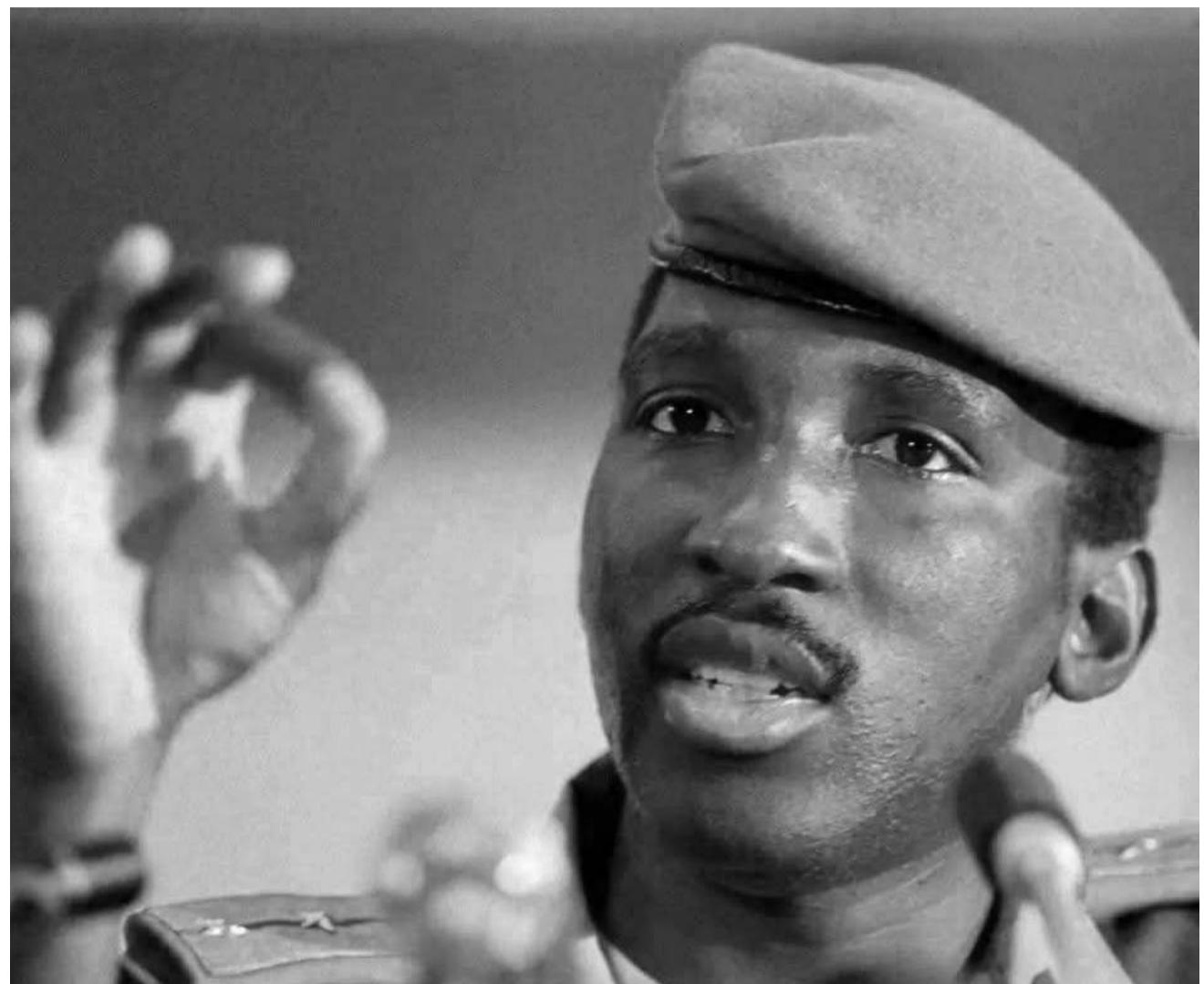
Sankaras Regierung lehnte milde Gaben ab und forderte stattdessen Maschinen und Traktore. Sozialismus war das noch nicht, aber die Ansage war klar: Sozialismus ist, was man anstrebt. Die Ernährungssicherheit stellte Burkina Faso in den vier Jahren Revolution auf jeden Fall her, was von der Uno anerkennend zur Kenntnis genommen werden musste.

«Soldaten ohne politische und ideologische Bildung sind potenzielle Verbrecher»

Sankara kam aus den politischen Organisationen, die zu dieser Zeit in Obervolta, wie Burkina Faso zuvor hieß, aktiv waren. Es gab in den 70er Jahren eine Menge sozialistischer Gewerkschaften, sozialistische Studentengruppen und sozialistische Elemente innerhalb des Militärs. Der Marxist traf also auf eine desolate wirtschaftliche Situation und eine Gesellschaft ohne nennenswerte Arbeiter_innenklasse, dafür mit einem hohen Grad an politischer Militanz. Außerdem waren noch zahlreiche Erfahrungen des Trikons zugänglich, insbesondere Kuba war ein wichtiges Vorbild und unterstützte Burkina Faso ideologisch und praktisch.

Verehrt wurde Sankara insbesondere, weil er glaubwürdig und vertrauenswürdig war, er galt als ausserordentlich integer, unbestechlich und für alle zugänglich. Er begab sich auf Baustellen, wo Schulen oder Krankenhäuser errichtet wurden, arbeitete mit und bestärkte. Er war an Dorfversammlungen genauso anzutreffen wie im Nachtleben der Hauptstadt. Allerdings setzte er sich selbst damit enormen Gefahren aus, verzichtete auf Schutzmassnahmen, die dringend notwendig gewesen wären, wie alle wussten. Seine Ermordung kam also nicht überraschend, dennoch als Schock, insbesondere weil sie mit dem Verrat seines engsten Vertrauten einherging.

Seine Regierung versuchte die Korruption und Verteilungswirtschaft einzuschränken, verpflichtete den Beamtenstab auf Bescheidenheit, bezahlte tiefe Gehälter, liess die Luxuslimusinen verkaufen und verbot Klimageräte in der Verwaltung. Es ist selbstredend, dass viele in der Bevölkerung diese Massnahmen feierten, nicht unbedingt aber die Beamten, die schwitzen mussten. Aus diesen Kreisen entstand erbitterte Opposition.



Unter Sankara waren die Schulen karg, aber überall wurden sie aufgebaut. Fortschritte waren für alle spürbar.

Gesellschaftlicher Fortschritt ist zwingend

Sankara war ein überzeugter Gegner patriarchaler Strukturen, er nahm Frauen in die Regierung auf, nicht symbolisch, sondern an zentralen Stellen, öffnete das Militär den Frauen und er forderte sogar – dies allerdings erfolglos – einen Lohn für Hausarbeit. Er war nicht bereit, sich mit konservativen Argumenten der «Unterlegenheit» der Frau oder der «biologischen Aufgabe» der Frau abzugeben und schlug diese zurück. Überall, aber in der Frauenfrage sehr deutlich, erkennen wir den modernen, anspruchsvollen Sankara, der viel gab, aber auch bedingungslos forderte. Revolution erfordert von den Menschen, dass sie sich verändern und verbessern. Viele lehnten Sankara dafür ab, andere erkannten aber, dass die gesellschaftliche Veränderung notwenige Voraussetzung ist und befreiend. Insbesondere standen natürlich die mobilisierten Frauen selbst felsenfest dahinter.

Markant und besonders in Erinnerung ist aber, wie er 1987 auf dem Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit auftrat und aufforderte, die Schulden nicht zu bezahlen und das gemeinsam, als geeintes Afrika. Prophetisch warnte er davor, dass seine Regierung das nächste Gipfeltreffen nicht erleben würde, wenn die anderen Staaten Afrikas sich dem Boykott nicht anschliessen würden. Wenige Monate später organisierte Frankreich mit Hilfe der Elfenbeinküste und des nahen Vertrauten Sankaras, Blaise Compaoré, tatsächlich einen Putsch und die Ermordung Sankaras und seiner Vertrauten.

«Wir haben mit den Schulden nichts zu tun»

Am Gipfeltreffen kritisierte Sankara die afrikanischen Staaten dafür, dass sie jeden Anlass, zu dem imperialistische Mächte einladen, wichtiger finden als die Organisation für Afrikanische Einheit. Dabei müsste sich Afrika auf die eigene Stärke besinnen und zusammenhalten, um sich aus der neokolonialen Abhängigkeit zu befreien. Schulden denunziert er als die aktualisierte Form der kolonialen Abhängigkeit:

«Diejenigen, die uns Geld leihen, sind diejenigen, die uns kolonisiert haben. Es sind dieselben, die früher unsere Staaten und Volkswirtschaften verwaltet haben. Das sind die Kolonisatoren, die Afrika durch ihre Brüder und Cousins, die ihre Kreditgeber waren, verschuldet haben. Wir hatten mit diesen Schulden nichts zu tun. Deshalb sollten wir sie nicht bezahlen.»

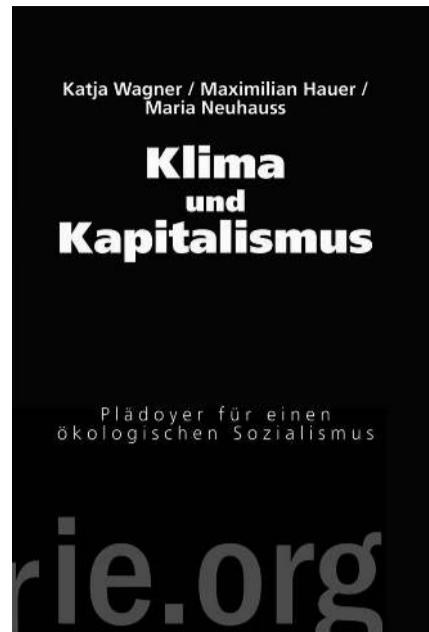
Er dreht die Situation auch um und spricht über die Schulden, die Europa bei Afrika haben müsste, wenn korrekt gerechnet würde und ruft auf.

«Lassen wir Addis-Abeba nun zum Zentrum werden, aus dem ein neuer Anfang entstehen wird. Ein Addis-Abeba-Club. Es ist unsere Pflicht, eine Addis-Abeba-Einheitsfront gegen die Schulden zu schaffen. Nur so können wir behaupten, dass die Verweigerung der Rückzahlung kein aggressiver Schritt unsererseits ist, sondern ein brüderlicher Schritt, um die Wahrheit zu sagen. Außerdem ist das Volk in Europa nicht gegen das Volk in Afrika. Diejenigen, die Afrika ausbeuten wollen, sind auch diejenigen, die Europa ausbeuten. Wir haben einen gemeinsamen Feind. Unser Addis-Abeba-Klub wird also allen erklären müssen, dass die Schulden nicht zurückgezahlt werden sollen. Und indem wir das sagen, sind wir nicht gegen die Moral, die Würde und das Einhalten des eigenen Wortes. Wir glauben, dass wir nicht die gleiche Moral haben wie andere. Die Reichen und die Armen haben nicht die gleiche Moral.»

Der Erfolg der Rede war gross, alle applaudierten fröhlich, Taten folgten aber keine, Burkina Faso konnte nicht auf die Solidarität der anderen, korrumptierten afrikanischen Regierungen zählen.

Missstände in Burkina Faso können angeführt werden, die Regierung Sankara machte Fehler, wie andere auch und die Konterrevolution wühlte, wie anderorts auch. Frankreich spannte die Elfenbeinküste ein für die Drecksarbeit, dieses bezahlte Unsummen, um Unruhe zu entfachen in Burkina Faso, was auch fruchtete. Aber was richtig gemacht wurde, überwiegt die Probleme, was in nur vier Jahren erreicht wurde, ist endlos beeindruckend und erklärt, weshalb Sankara bis heute verehrt wird. Nach seiner Ermordung folgten wilde Proteste, die niedergeschossen wurden. Damit beendete Blaise Compaoré, der ehemalige Revolutionär, der zum Verräter wurde, die grösste Hoffnung Afrikas der 80er Jahre. Unerbittlich und ruchlos war die Reaktion und Wiederherstellung neokolonialer Macht danach. Compaoré wurde 27 Jahre lang an der Macht bleiben, bis er 2014/15 endlich gestürzt wurde. Kürzlich ist mit Traoré ein Offizier an die Macht gekommen, der sich auf Sankara bezieht. Obgleich die Ausgangslage heute ganz anders ist als im Kalten Krieg, gibt dieser Bezug Hoffnung.

Ein sehr viel ausführlicherer Text zu Sankara ist online.

**BUCHTIPP**

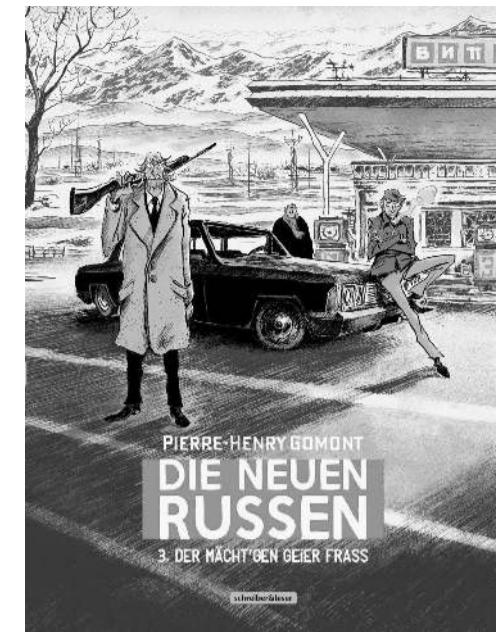
Klima und Kapitalismus: Plädoyer für einen öko- logischen Sozialismus von Katja Wagner, Ma- ximilian Hauer & Maria Neuhauss

(gpw) Die Buchreihe Theorie.org hat sich zum Ziel gesetzt, linkes Grundwissen in zugänglicher Sprache zu vermitteln. Neu erschienen ist ihr Buch zur Klimakrise. «Klima und Kapitalismus - Plädoyer für einen ökologischen Sozialismus» analysiert aus einer ökologisch-sozialistischen Perspektive verschiedene Sichtweisen auf Natur und Gesellschaft im Kapitalismus. Die Autor_innen Katja Wagner, Maximilian Hauer und Maria Neuhauss sind aus Leipzig und im kommunistischen Bildungsprojekt Translib aktiv. Erst erklären sie den menschengemachten Klimawandel. Dann gehen sie auf Natur und Gesellschaft im Kapitalismus ein. Sie nutzen die materialistische Geschichtsauffassung, um mit Marx' und Engels' Kritik der politischen Ökonomie aufzuzeigen, dass Klimaschutz nur ohne Kapitalinteressen geht. Sie versuchen, ein Basiswissen zu vermitteln, was der fossile Kapitalismus ist, und warum es nicht geht, auf Reformen zu setzen, um den Klimawandel zu stoppen. Im vierten Kapitel geht es um die Politik mit dem Klimawandel: Sie zeigen auf, dass das Kapital versucht, immer neue Absatzmärkte zu finden mit CO₂-Zertifikaten und dass diese nicht die 2 Grad Erwärmung stoppen können. Anschliessend gehen sie im fünften Kapitel auf die Klimabewegung in Deutschland ein, wer sich wo bewegt und welche Absichten sie verfolgen: Fridays for Future, Extinction Rebellion, Letzte Generation, Ende Gelände, etc. Die Autor_innen kritisieren den reformistischen Green New Deal aus marxistischer Perspektive und auch die Versäumnisse im Realsozialismus im Umgang mit der Natur. Im letzten Kapitel geht es um den ökologischen Sozialismus, indem sie versuchen, eine nachhaltige sozialistische Produktionsweise zu skizzieren, und die Schwierigkeiten beim Aufbau einer ökologischen Klassenbewegung aufzeigen.

**BUCHTIPP**

Der Genosse von Cesare Pavese

(agkk) «Was ist der Marxismus denn anderes als dieses: die Dinge sehen, wie sie sind, und Abhilfe schaffen?» Diese Frage richtet sich an Pablo, den Hauptprotagonisten von Cesare Paveses Roman «Der Genosse». Gestellt wird Sie von Scarpia, einem Genossen und Spanienkämpfer, den Pablo im Rom der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts antrifft. Der aus Turin stammende Pablo geniesst zunächst das Nachtleben in der piemontesischen Hauptstadt, die Tage verbringt er in Apathie, arbeitend im Tabakgeschäft seiner Familie. Ein existentialistischer Held, ganz dem literarischen Zeitgeist entsprechend («Der Genosse» wurde 1947 zum ersten Mal veröffentlicht). Den durchzechten Turiner Nächten überdrüssig und mittlerweile bei einem Speditionsunternehmen tätig, verschlägt es Pablo nach Rom. Während die Schwarzhemden die Stadt terrorisieren, begleiten wir Pablo bei seiner politischen Entwicklung. Zunächst verkehrt Pablo mit bourgeois Widerständler_innen aus dem Kulturbetrieb, bis er schliesslich in einer Fahrradwerkstatt anheuert und dort, ganz natürlich und instinktiv, zum Genossen wird. Der eingangs zitierte Satz ist Programm, «der Genosse» ist ein explizit politisches Buch, es konfrontiert die Leser_in auf direkte, einfache und ehrliche Weise mit marxistischen Gedanken und Werten. Über die Rolle der Bourgeoisie findet Scarpia klare Worte: «Mach dir keine Illusionen [...] Sie vereidigen ihre Teller und ihre Tasche, die Bourgeois. Sie sind bereit, die halbe Welt abzuschlachten, Kinder zu ermorden, um nur ja ihre Vorrechte und die Macht nicht zu verlieren. Sie kommen auch nach Italien, da kannst du sicher sein. Womöglich reden sie dann von Gott oder von der Mama.» Wichtig ist dabei: Pablo ist nicht passiver Zuhörer von Scarpas Ausführungen, sondern denkt stets mit, wägt jede Aussage ab, ordnet sie für sich ein und verknüpft sie mit seinem Leben. Aus heutiger Sicht ist Paveses Roman auch ein Dokument aus einer Zeit, in der eine Person aus dem Literaturbetrieb ein offensichtlich kommunistisches Buch schreiben konnte – ohne die intellektuelle Abgehobenheit des Bildungsbürgertums, die glaubt, Dinge immer relativieren zu müssen oder sich von Ideologischem stets zu distanzieren sucht.

**BUCHTIPP**

Die neuen Russen von Pierre-Henry Gomont

(az) Wer in schweren Zeiten Vergnügenlesen und dabei nicht verdummen möchte, findet oftmals in der Comic-Welt Zuflucht. Beispielsweise mit der Trilogie «Die neuen Russen». Der Autor und Zeichner Pierre-Henry Gomont überzeugt durch seinen dynamischen, eigenwilligen Zeichenstil, der seinen Fans das Herz öffnet – je nach Geschmack halt. Und er erzählt eine ebenso wilde Geschichte, die komplett unrealistisch ist und alles beinhaltet, was die Unterhaltungsindustrie fordert: Action, Liebe und Lust, Verzweiflung und Erfolg, Verrat und Loyalität, Schicksalsschläge und Aufbegehren dagegen und dennoch: Mit diesem stürmischen Werk gelingt es ihm den Zustand der Welt offenzulegen. In diesem Fall geht es um Russland anfangs der 90er Jahre, um die ruchlose Plünderung des Volkseigentums der ehemaligen Sowjetunion und der Nöte und Zerwürfnisse, die das mit sich brachte. Die Hauptfigur ist ein ungeliebter Antiheld, ein erfolgloser Künstler, der aus Not versucht, am Verramschen der Sowjetunion teilzuhaben, dem das Zeug dafür aber eindeutig fehlt. Ihn begleitet ein Partner, der die Skrupellosigkeit und Proftgier dafür zwar im Blut trägt, aber ein viel zu kleiner Fisch ist. Sie brechen am Anfang der Geschichte mitten im Nirgendwo in ein wunderschönes, sowjetisches Konferenzzentrum ein und demonstrieren die farbigen Glasfenster, um diese in Moskau an Neureiche zu verscherbeln. Dass das Gebäude daran zu Grunde gehen wird ist ihnen ebenso bewusst wie gleichgültig und damit ist das Sinnbild dieser Zeit auch schon porträtiert. Nach ihnen die Sintflut! Wäre da nicht ein Dorf von sowjetischen Mineuren (und einer Tochter), die stur und äusserst robust ganz im Sinne von Asterix' Galliern im gleichen Nirgendwo gar nicht einschen wollen, dass man sie der Produktionsmittel berauben will. Da sie aber keinen Zaubertrank haben, fällt ihr Kampf gänzlich anders aus als bei Asterix. Ein Märchen und eine Parabel auf den ungeschminkten Kapitalismus während der wirtschaftlichen Schocktherapie, die der untergehenden Sowjetunion verpasst wurde und die schuf, was heute ist. Ein bittersüßes Lesevergnügen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw über Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org



LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

THEATER

Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny!

Schonungslos und hautnah werden die Besuchenden im grossen Theater Basel Teil der Welt von Bertolt Brechts Stück, Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny. Das Stück erzählt überspitzt und wahrscheinlich genau deshalb so treffend von der kapitalistischen Misere von Genuss und Masslosigkeit, von Beziehungen mit Warencharakter und davon, dass sich alle selbst am nächsten stehen. Genuss ist dabei Form und Inhalt zugleich.

(agi/agfk) Willkommen in Mahagonny! Willkommen zuhause! Willkommen an jenem Ort, an dem man alles dürfen darf. Willkommen in dieser Stadt, die verspricht, das Paradies auf Erden zu sein. Zumindest, so lange man zahlen kann. Zumindest, so lange man nicht danach strebt, Menschlichkeit zu entwickeln, so lange man bereit ist, alles für sein Geld zu tun und jeden Funken an solidarischem Dasein aus seinem Verstand verbannt.

Als der Wagen von drei Goldsucher_innen auf dem Weg zur Küste liegen bleibt, entschliessen sich diese eine Stadt zu Gründen, Mahagonny, die Netzstadt. In dieser wollen sie mit Bordellen, Bars und Wettkämpfen den vorbeiziehenden Menschen ihr Geld aus der Tasche ziehen. Ihr Vorhaben gelingt: Hunderte strömen, getrieben durch die Unzufriedenheit in ihrer Heimat, in die Stadt der Gelüste, unter ihnen auch Jimmy Mahoney, einer von vier Holzfällern aus Alaska. Als sie in der Stadt ankommen, werden sogleich die Preise für die Getränke herabgesetzt und es wird um den Preis für die Sexarbeiter_innen in den Bordellen gefeilscht. Kurz darauf verliebt sich Jimmy in die Sexarbeiterin Jenny. Der anfängliche Boom der Stadt fällt allerdings schneller als gedacht. Die Preise sinken immer stärker und die ersten Menschen reisen wieder ab. Es scheint, als ob in Mahagonny doch noch nicht alles zu finden ist, was den Menschen glücklich macht. Jimmy stört sich an der Langeweile und an den zahlreichen Verboten, die die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechterhalten sollen und beginnt sich diesen zu widersetzen. Als sich dann zudem die Nachricht verbreitet, dass ein Hurrikan auf die Stadt und die Umgebung zusteuer, ist es denn auch einzig Jimmy, der gelassen bleibt und singt: «Wir brauchen keinen Hurrikan, wir brauchen keinen Taifun! Denn was er an Schrecken tuen kann, das können wir selber tun!» Angesichts dessen plädiert Jimmy für das «absolute Auskosten des Lebens» und im Angesicht des Hurrikans pflichten ihm alle bei: Nichts soll mehr verboten sein, alles sei erlaubt, du darfst! Als der Hurrikan dann jedoch die Stadt verschont, bleibt dies das oberste Gebot in der Stadt: «Erstens, vergesst nicht, kommt das Fressen/ Zweitens kommt der Liebesakt/ Drittens das Boxen nicht vergessen/ Viertens Saufen, laut Kontrakt. Vor allem aber achtet scharf/ Dass man hier alles dürfen darf (wenn man Geld hat).» Jakob, ein weiterer Holzfäller aus Alaska, überfrisst sich in Folge an zwei Kälbern, Jimmy setzt sein ganzes Geld auf Joseph, der im Preisboxenkampf stirbt und Jimmy verliert sein ganzes Geld. Ohne Geld gibt er dennoch allen Anwesenden einen Drink aus und verstösst dadurch gegen das schärfste Gesetz in Mahagonny: Du darfst nicht kein Geld haben. Auch Jenny, in die er sich verliebt hat, möchte nicht für ihn bezahlen, seine imaginierte Liebe entpuppt sich als gekauft. Die Moral, die in Mahagonny vorherrscht, wird deutlich: «Denn wie man sich bettet, so liegt man, es deckt einen keiner da zu, und wenn einer tritt, dann bin ich es, und wird einer getreten, bist du's.» Jimmy wird schliesslich für sein Verbrechen, Mangel an Geld, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die anfänglich als Paradies gepriesene Stadt versinkt zusehends im Chaos und das Stück endet mit verschiedenen Protestzügen auf den Trümmern der Stadt, der Aufstieg weicht dem Fall.

Bertold Brecht schrieb Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny zusammen mit Kurt Weill in den 1920er Jahren in der Weimarer Republik. Fertiggestellt wurde es 1929 und im kommenden Jahr, am 9. März 1930, im Opernhaus von Leipzig zum ersten Mal aufgeführt. Jene Uraufführung sollte als einer der grössten Theaterskandale in die Geschichte

der Republik eingehen. Nicht nur das bürgerliche Publikum reagierte verständnislos auf die schonungslose Darstellung der Moral in einer kapitalistischen Gesellschaft, auch die Nationalsozialisten reagierten empört und warfen zu Beginn des zweiten Aktes der Oper Stinkbomben und Feuerwerk in die Menschenmenge. Bei der zweiten Aufführung stürmten dann rund 150 Nationalsozialisten das Foyer der Oper und grölten: «Deutschland erwache». Wenig verwunderlich wurde das Stück 1933 schliesslich von den Nationalsozialisten verboten. Heute löst die Aufführung keinen solchen Skandal mehr aus. Möglicherweise ist die heute offen zutage tretende brutale Realität der kapitalistischen Gesellschaft so allgegenwärtig, dass die Energie fehlt, sich darüber zu skandalisieren.

Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny wurde im grossen Theater Basel neu inszeniert. Die Lieder und Texte sind dem ursprünglichen Stück entnommen, und die künstlerische Aufmachung tut alles daran, dass sich die Besuchenden in Mahagonny zuhause fühlen. Dafür wurden fast die gesamten Räumlichkeiten des grossen Theaters Basel in Beschlag genommen. Auf den Toiletten hängen die Gesetze der Stadt, um einen herum laufen Darstellende in opulenten Kostümen und murmeln vor sich hin. Und ehe man sich versieht, ist man selbst mitten in der unheimlich bequemen Dystopie. Kleidet sich mit den bereitgestellten Kostümen ein und bestellt sich für 10 Franken (noch) einen Prosecco an der Bar. Das Leben in Mahagonny kann so schön sein. Zu Beginn werden die Gesetze der Stadt auf grossen Bildschirmen gezeigt. Durch sie lässt sich auch die weitere Handlung beobachten. Die Darstellenden werden stets von einer Kamera begleitet und das Bild auf die grossen Monitore projiziert. Im Theatersaal spielt das Orchester die von Kurt Weill komponierte Musik, welche die jeweilige Stimmung der Charaktere perfekt untermauert. Als der Taifun aufkommt, müssen sich alle in den Saal retten. Das Orchester wird nach hinten verschoben, sodass alle Besuchenden auf der Bühne Schutz finden können. Auf ausgelegten Matratzen sitztend, können die Besuchenden nun dem dritten Akt in aller Intimität folgen.

In Brechts und Weills Stück zeigt sich, was geschehen kann, wenn die Barbarei über den Sozialismus siegt. Dass es dann keinen Hurrikan, kein Erdbeben oder anderes geben muss, welcher die Menschheit an den Abgrund ihrer Geschichte bringt, sondern dass wir selbst dazu in der Lage sind. Die Stadt Mahagonny verspricht Glück, Genuss und die Befriedigung aller menschlichen Gelüste, wer bezahlt, der/die darf, wer bezahlt, der/die kann. Dieses, überspitzt formulierte Gesetz, wiederspiegelt die (nicht vorhandene) Moral im Kapitalismus und die Erbarmungslosigkeit der (un-)ausgesprochenen ökonomischen Gesetze. Das handlungstreibende Motiv ist die Selbstbefriedigung, der Genuss und der radikale Individualismus während der Krieg aller gegen alle tobt, ganz nach dem Motto: «und wenn einer tritt, dann bin ich es, und wird einer getreten, bist du's.» Vergeblich sucht man nach Kollektivität, ausser im gemeinsamen Betäuben der Sinne und vergeblich hofft man auf eine solidarische Perspektive aus der Krise, zumindest bis Mahagonny in Trümmern liegt. Den Gefallen diese Perspektive auszuformulieren und darzustellen, machen uns Brecht und Weill allerdings nicht und auch die Inszenierung in Basel überlässt es dem Publikum, die Protestzüge auf den Trümmern mit ihren Inhalten anzuführen. «Frieden» ist hierbei die mit Abstand am meisten geforderte Perspektive. Wem dieser Friede genau gelten soll bleibt allerdings offen. Wir würden sagen, dass es bei den Parolen: «Kein Krieg zwischen den Menschen. Kein Frieden zwischen den Klassen. No War but the Class War» bleibt.

Das Stück ist keine einfache Moralpredigt, es kritisiert mit viel satirischem Geschick und grosser Unterhaltsamkeit die kapitalistische Realität, es behandelt Spannungsfelder von authentischen Beziehungen und Käuflichkeit, indem die Liebesgeschichte zwischen Jim und Jenny in Mahagonny zum Scheitern verurteilt ist. Es zeigt auf, dass der Weg aus der Krise keinesfalls vorgegeben ist, sondern durch die Menschen selbst erkämpft werden muss, dass die Lösung «Sozialismus oder Barbarei» keine reine Floskel ist, sondern die Realität wiederspiegelt, dass es wir sind, die für eine revolutionäre Perspektive einstehen und kämpfen müssen.



Plakat der Erstaufführung, Leipzig 1930

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agaf), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi)

Redaktion und Vertrieb Schweiz: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich,
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Buch am Platz, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Paranoia City, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingenstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.